

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatlich, drei Haus 2,50 M. (halbjährlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Fernsprecher: 17259 / Politzentrale Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-L., Osterbahnpostf. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 12-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Normzeitung oder deren Raum 0,35 M., für Familienanzeigen 0,20 M., für die Restzeitung anschließend an den dreihalben Teil einer Zeitung 1,50 M. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L., Osterbahnpostf. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5 Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 3. Juli 1929

Nummer 152

Zörgiebel organisiert Sowjetspionage

Orloff-Memorandum überführt die Kriminalräte Heller, Braichowig und Bonnas — Schwere Mißhandlungen politischer Gefangener durch faschistische Beamte in Gollnow — Hochverratsprozesse und Gefängnisstrafen gegen kommunistische Redakteure



Orloff auf der Anklagebank

Berlin, den 2. Juli 1929.

Die Fortsetzung des 1. Verhandlungstages im Orloff-Pawlownski-Prozess ergab, daß Pawlownski von den verschiedenen Regierungsstellen Gelder für seine Spionagetätigkeit bezogen hatte. Pawlownski erklärte u. a. auf die Frage seines Verhältnisses zu Stenert, daß er von ihm 650 Mark Gehalt monatlich bezogen hat. Diese 650 Mark erhielt Pawlownski teilweise von der Abteilung 1a des Polizeipräsidenten (200 M.), den anderen Teil vom Reichskommissariat für öffentliche Ordnung (450 M.). Der Kriminalkommissar Heller, der nach der Verhaftung der Fälscher die Untersuchung gegen sie zu führen hatte, ist identisch mit jenem Heller, der die 200 Mark aus dem Polizeipräsidenten Zörgiebel an Pawlownski abführte. Die Verteidigung macht als Entlastungsmoment für Pawlownski geltend, daß er bereits seit fünf Jahren von den deutschen Behörden für seine Spionagetätigkeit bezoldet wurde.

Eine weitere wichtige Enthüllung brachte der Prozeß dadurch, daß festgestellt wurde, daß der Fälscher Orloff, trotzdem er bereits in Haft sei, von dem Kriminalkommissar Dr. Braichowig den Auftrag erhielt, ein Sachverständigengutachten herzustellen, durch das bewiesen werden sollte, daß es sich bei einem militärischen Geheimvertrag um eine Fälschung handele. Diese Tatsache zeigt, daß, wenn nicht ein starker amerikanischer Druck auf die deutsche Regierung ausgeübt worden wäre, Orloff und Pawlownski immer noch, ohne in ihrer Tätigkeit gestört zu werden, für die deutschen Behörden arbeiten würden. Für die Charakteri-

stik Orloffs ist übrigens noch eine andere Tatsache interessant. In seiner Wohnung wurden eine Anzahl pornographischer Fotografien, Tüten mit Geschlechtsorganen vorgefunden.

Gestern konnte die Note Fahne, das von Orloff im Gefängnis geschriebene Memorandum, das beweist, daß noch am 24. Mai die politische Abteilung des Polizeipräsidenten den unter Anklage stehenden Verbrecher als politischen Sachverständigen benutzte, veröffentlicht. Heute veröffentlicht die Note Fahne ein handschriftliches Exposé Orloffs, das endgültig Klarheit schafft, in wessen Auftrag Orloff seine verbrecherische Tätigkeit seit Jahren ausübte. Der Wortlaut des fotografisch von der Note Fahne wiedergegebenen Schriftstückes lautet:

„Das Polizeipräsidentium Berlin wußte, daß ich gute Verbindungen hatte. Man hat mich um Unterstützung. Das Polizeipräsidentium hatte durch mich eine gute Quelle in der Person eines Angehörigen einer bolschewistischen Organisation gefunden, der mir mitteilte, welche Personen von bolschewistischen Persön-

lichkeiten hier in Deutschland heimlich gegen das Regimentsystem arbeiten. Auch auf Bitten des Polizeipräsidenten konnte ich helfen im Falle Szenario-Braun. Auf andere Gefälligkeiten, die ich der Polizei erwiesen habe, will ich hier nicht weiter eingehen und nur bemerken, daß ich sehr oft den Besuch von Beamten bekam, um Auskunft über Personen, Fotografien, Biographien und Erklärungen über bolschewistische Arbeit zu erhalten. Kriminalrat Bonnas, Heller und Dr. Braichowig können beweisen, daß diese Arbeiten von mir nur auf Initiative des Polizeipräsidenten erfolgten.“

Die Note Fahne schreibt dazu u. a.: „Versteht man jetzt, warum die Kominternführung gegen die Verbrecher so langsam vor sich ging? Orloff war das Zentrum der amibolschewistischen Tätigkeit des Zörgiebel-Regiments. Darum wurde er geschont. Der Hauptverdächtige ist nicht auf der Anklagebank im kleinen Gerichtssaal zu Ronbitz, sondern immer noch auf dem Präsidentenstuhl im roten Haus am Alexanderplatz.“

Blutige Niedererschlagung kommunistischer Festungsgefangener

Gollnow, 3. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Gollnower drei kommunistischen Festungsinhaftigen Schneider, Erdmann und Preuß wurden am Sonntag von einem Stoßtrupp faschistischer Festungsbeamter in unerhörter Weise mißhandelt. Dieser brutale Übergriff ist eine Wiederholung der Vorfälle vom Freitag, bei denen auf Befehl der Verwaltungsdirektion die auf dem Festungshof befindlichen kommunistischen Gefangenen in vielfacher Weise niedergeschlagen und in den Haftzellen geschleift wurden. Man hatte den Gefangenen die täglich zustehende Freizeit gekürzt. Trotzdem bezogen sich die Genossen am Freitagabendmittag auf den Hof, erklärten aber, daß sie freiwillig in ihre Zellen wieder zurückgehen würden. Darauf drangen 10 Beamte auf die Genossen ein, wandten Insultsgriffe an, schlugen sie mit Fäusten ins Gesicht, würgten sie an der Kehle

und traten sie mit Stiefelabsätzen. Diese Brutalitäten dauerten 1/2 Stunde. Blutüberströmte wurden die Genossen zurück in die Zellen geschleift. Am Sonntag weigerte sich das Aufsichtspersonal abermals, die Kommunisten zur Freilassung in den Hof zu lassen, während bürgerliche Gefangene, Duellschläger und Offiziere diese Freiheit genossen. Die Genossen wollten wiederum freiwillig in ihre Zellen zurückgehen. Trotzdem schlugen die entmenschten Beamten wieder solange auf sie ein, bis sie zusammenbrachen, und schleiften sie über den Pfasterhof in den Haftraum.

Die Arbeiterchaft muß hiergegen schärfsten Protest erheben. Die sofortige Freilassung der Genossen und die Bestrafung der Bestien von Beamten fordern.

Regierung auf Bewährungsfrist

Übergangslösung zur Koalition

Dresden, den 3. Juli 1929.

R.R. Der sächsische Ministerpräsident Dr. Bünzler hat, wie heute durch die bürgerliche Presse mitgeteilt wird, ein Kabinett zusammengestellt. Dieses Kabinett soll als sogenanntes Übergangskabinett vor den Landtag treten. Bünzler selbst behält neben dem Ministerpräsidenten das bisher von ihm verwaltete Volksbildungsministerium.

Das Wirtschaftsministerium behält Dr. Krug v. Nidda, das Finanzministerium Weber (Wirtschaftspartei), zum Innenminister hat Bünzler den Kreisshauptmann Richter, Baunen, berufen, und zum Justizminister den Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Mansfeld.

Das Arbeitsministerium bleibt vorläufig unbelegt.

Es soll aber nicht eingepart werden, sondern später die Ernennung eines Arbeitsministers erfolgen. Der Dresdner Anzeiger lobt heute den neuen Justizminister und den Innenminister, die beide offiziell keiner Partei angehören, als ausgesprochene Fachleute. Das Verbleiben des Deutschnationalen Krug v. Nidda im Amt bedeute faktisch auch, daß hier ein Fachmann als Minister geblieben sei. Der Anzeiger schreibt heute einen längeren Artikel über die Bildung des Ministeriums. Von den Parteien im Landtag sind in diesem Ministerium vertreten die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei. Von den 98 Stimmen im Landtag verfügt damit dieses Kabinett über 37 Stimmen. Eine Mehrheit ist also für dieses Kabinett keinesfalls vorhanden. Es ist auf die absolute und bedingungslose Unterstützung der Nationalsozialisten, der Demokraten und der Aufwärtler angewiesen. Erst mit diesen zusammen verfügt das Kabinett über eine Mehrheit im Landtag. Es ist immerhin möglich, daß diese Mittelparteien die dauernd hin- und herschwanken und über eine grundsätzliche politische Einstellung keineswegs verfügen, dieses Kabinett mindestens vorübergehend unterstützen werden.

Interessant ist die Haltung der Nationalsozialisten. Wie veröffentlichten an anderer Stelle einen Brief des Kapitänsleutnants v. Müde, der, wie wir gestern schon mitteilten, im Auftrag der Reichsleitung an die kommunistische und sozialdemokratische Fraktion geschrieben hat und die Unterstützung der Nationalsozialisten für eine Regierung aus diesen beiden Parteien ankündigt. Zur selben Zeit, wo Müde angeblich im Auftrag seiner Reichsleitung dieses Angebot macht, organisieren die sächsischen Nationalsozialisten für heute abend einen Kummel in den Blumenjulen mit dem Thema: „Der marxistische Regierungshandeln.“ Wie der Anzeiger mitteilt, hat die sächsische Fraktion der Nationalsozialisten den Schritt des Herrn v. Müde abgelehnt und eine entsprechende Erklärung abgegeben. Immerhin ist dies für die Entwicklung der Nationalsozialisten und das Durcheinander bei denselben sehr bezeichnend. Gestern erfuhr wir, wie wir ebenfalls an anderer Stelle schon mitteilten,

Am 1. August — zieht die Bilanz des Weltkrieges!

Kriegsverluste im imperialistischen Weltkriege 1914—1918

	Tote	Verwundungen
Deutsches Reich	1 824 051	4 247 105
Frankreich (weiße Truppen)	1 358 872	2 560 000
Frankreich (farbige Truppen)	67 000	140 000
England (ohne Kolonien)	743 702	1 693 262
England (Kolonien)	202 321	428 644
Italien	496 921	949 576
Belgien	115 000	—
Serbien	690 000	—
Vereinigte Staaten von Nordamerika	56 618	254 994

Die Gesamtzahl der Toten aller Heere betrug 10 Millionen Tote und 20 bis 30 Millionen Verwundete. Nach den Schätzungen der militärischen Sachverständigen ist diese Zahl eher zu niedrig als zu hoch bemessen. Im nächsten imperialistischen Krieg, den die internationale Bourgeoisie gemeinsam mit der internationalen Sozialdemokratie feierhaft vorbereitet, soll es anstatt 10 Millionen Tote 20 Millionen Tote, anstatt 20 Millionen Verwundete 40 oder 60 Millionen Verwundete oder Krüppel geben.

Die Arbeiter und die Werktätigen, die sich nicht willenlos auf die imperialistische Schlachtbank schleppen lassen wollen, die bereit sind, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu führen, marschieren am 1. August, am Internationalen Roten Tag, gegen das neue Völkergemetzel, für die Verteidigung der Sowjetunion auf.



daß die Aufwärtler erklärt haben, daß falls sie kein Ministerium erhalten, sie gegen die Regierung stimmen würden.

Trotz der großen Anknüpfung, die die bürgerliche Presse, insbesondere heute morgen der Dresdener Anzeiger vornimmt, ist man sich in diesen Kreisen darüber klar, daß dieses Ministerium auf die Dauer nicht bestehen bleibt. Natürlich bedeutet dieses Ministerium nichts anderes als wie den Übergang der Großen Koalition in Sachsen, der man mit diesem Ministerium den Weg ebnet. Deswegen um diese Große Koalition zu erhalten, bleiben die Demokraten vorläufig außerhalb des Kabinetts. Daß auf dieses Ziel losgetrieben wird, bestätigt der Anzeiger heute morgen mit aller Deutlichkeit. Man will mit diesem Kabinetts den vorliegenden Haushaltsplan verabschieden, über die Ferien hinwegkommen und den Sozialdemokraten die Möglichkeit geben, über die Gemeinderatswahlen zu kommen und nachher den Eintritt in die Regierung zu vollziehen. Der Anzeiger schreibt, nachdem er die „glückliche Lösung“ Bangers außerordentlich rühmt und noch ganz besonders die Fachleute Richter und Dr. Haunsfeld gelobt hat:

„Es wäre dann eine ganz Menge Gutes gelangt und man könnte daraus wohl schließen, daß die Regierung Banger ein Ministerkabinetts sei und daß sie damit Aussichten auf langes Leben habe. Leider liegen aber bekanntlich die Verhältnisse anders. Regierungsbildungen sind in Sachsen seit dem Umsturz immer außerordentlich schwierig gewesen und die Schwierigkeiten heizten sich von Fall zu Fall immer mehr, bis sie diesmal einen Höhepunkt erreicht haben, der bestimmt nicht wieder überstiegen werden kann.“

Dann geht der Anzeiger auf die Basis zur Anknüpfung der Großen Koalition über und erklärt:

„Es brauchte nicht so zu sein. Wären die sächsischen Sozialdemokraten von der Einsetzung der meisten ihrer Parteigenossen im Reich, dann hätten wir die Große Koalition und wir hätten sie schon seit Jahren.“

Das ist der ganz deutliche Hinweis darauf, daß die Volkspartei, die die Schwäche dieses Kabinetts sehr wohl sieht, den Sozialdemokraten die Möglichkeit zur Großen Koalition nicht nur offen hält, sondern mit diesem Kabinetts vorbereitet. Der Anzeiger appelliert dann nochmals an die Nationalsozialisten, Demokraten und Allsozialdemokraten und ersucht diese, die Regierung wenigstens vorläufig zu unterstützen und einem Mißtrauensantrag jetzt ihre Stimme nicht zu geben. Sachliche Gesichtspunkte legen dafür, daß man das Kabinetts jetzt bestehen lasse, aber es gäbe auch andere Gründe, die Parteien veranlassen könnten, einem Mißtrauensantrag zuzustimmen. Einen besonderen Appell richtet man dann an die Aufwertungspartei, von deren Stimmen eventuell der Bestand des Kabinetts abhängt. Der bisherige Justizminister v. Zumbert, der bekanntlich schon gegen die Gültigkeit der Wahl Bangers gestimmt hat, ist nicht wieder zum Minister ernannt worden. Sollten die Aufwertler ihre Erklärung aufrecht, daß sie gegen die Regierung stimmen werden, dann würde das Kabinetts, wenn auch die Allsozialdemokraten die Erklärung ihres Landesvorstandes durchführen, keineswegs über eine Mehrheit im Landtag verfügen und müßte sofort wieder zum Sturz kommen.

Man darf aber nicht unberücksichtigt lassen, daß mindestens die Demokraten und Allsozialdemokraten sehr stark daran interessiert sind, den Sozialdemokraten die Möglichkeit zur Koalitionspolitik offenzulassen. Diese Parteien sind auch gewillt, den Sozialdemokraten vorläufig Mandatsfreiheit zuzubilligen, d. h. sie werden den Sozialdemokraten erlauben, für ein eventuell eingebrachtes Mißtrauensvotum zu stimmen, selber aber dadurch, daß sie dagegen stimmen, den Sozialdemokraten über die Gemeinderatswahlen hinweggehen und ihnen somit den Weg für den Eintritt in die Regierung erleichtern und vorbereiten. An einen längeren Bestand dieser Regierung glaubt der Dresdener Anzeiger selbst nicht. Er wendet sich zwar an die Aufwertler und erklärt:

„Ihre Vertreter im Landtag dürften also nur gut daran tun, wenn auch sie dem neuen Kabinetts die Lebensmöglichkeit geben.“

Nicht als eine Art Bewährungsfrist werde allerdings kaum dabei herauskommen.“

Der Anzeiger meint dann, daß jetzt vor den Ferien die Luft sicherlich nicht allzu groß sei, durch einen Sturz der neuen Regierung, das Land abermals in Unruhe und Verwirrung zurückzuführen. Er fährt dann aber fort:

„Für die Zeit nach den Ferien aber sind, wie offen ausgesprochen werden muß, die Aussichten schlecht. Dann wird es genau Kämpfe im Landtag geben, über die eine Regierung mit so knapper Mehrheit, die wahrscheinlich sogar eine Minorität ist, bestehen kann.“

Besseres gäbe es jetzt nicht. Man solle aber dem Kabinetts Banger jetzt die Möglichkeit zur Arbeit geben und kein Verhängnisurteil erst dann sprechen, wenn man wirkliche Enttäuschungen erlebt habe. Zum Trost und zur Beruhigung an Demokraten, Aufwertler und Allsozialdemokraten bemerkt man, daß das neue Kabinetts im großen und ganzen nach den politischen Richtlinien arbeiten werde, wie das Kabinetts Heide.

Wie sich nun ihrerseits die Nationalsozialisten zu dieser Erklärung stellen, die bekanntlich ein Kabinetts mit den Allsozialdemokraten nicht wollten, bleibt abzuwarten. Die Erklärung der sächsischen Landtagsfraktion, ihre zeit- und bedingungslose Unterstützung unter die prokapitalistische Politik in Sachsen lassen aber erwarten, daß sie auch diesen Austritt, den sie hiermit schon erhalten, mit Dank einsehen.

Für die sächsische Arbeiterklasse liegen die Verhältnisse so, daß dieses Kabinetts Ringer in der Fortführung der Politik in Sachsen sicherlich nichts anderes tun wird, als das Kabinetts Heide ebenfalls getan hätte und was eine Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten durchführen wird. Die bürgerlichen, aus den Parlamenten hervorgegangenen Regierungen sind die Interessenvertretungen der Kapitalisten, die in der heutigen Situation, ganz gleichgültig, in welcher Zusammenfassung sie bestehen, ihre Maßnahmen zur züchtelosen Wahrung der Interessen der kapitalistischen Restauration in Deutschland durchführen. Zerstörung und Orgelstillschaltungen mit der sozialfaschistischen Diktatur sind dafür sprechende Beweise. In der Front dieser sozialfaschistischen Diktatur marschieren auch Sachsen und die sächsische Regierung, ganz gleichgültig, welches Kabinetts an der Spitze des Landtages stehen wird. Die Arbeiterklasse kann die Verhältnisse nur durch innerpolitischen Widerstand ändern. Sie kann ihren Auftrag nur dann heftig vollenden, wenn sie die kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigt und an die Stelle der kapitalistischen Regierungen die Rätemacht der Arbeiter stellt. Jetzt gilt es für die Arbeiterklasse Sachsens, die Absichten, die hinter dieser Kabinettsbildung stehen, zu durchkreuzen. Wenn die Sozialdemokraten den Weg zur Großen Koalition als Minister anstreben, und sie werden ihn gehen, dann ist es Aufgabe der Arbeiter, sich von dieser Partei im nächsten Tempo abzuwenden und mit der kommunistischen Partei die rote, revolutionäre Klassenfront des Proletariats herzustellen.

Was geht in Paris vor?

Die Regierung der USA hat Frankreichs Vorschläge betreffs eines Ausstubs der jetzt fälligen 100-Millionen-Dollar-Rate der französischen Schulden an Amerika abgelehnt. Diese scharfe Ablehnung erfolgte, nachdem das französische Parlament mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten die französische Regierung aufgefordert hat, an die USA mit diesem Vorschlag heranzutreten. Darüber herrscht nun große Erbitterung in den nationalistischen Kreisen Frankreichs. Für die französische Regierung und für das Parlament steht die Frage, ob das vor Jahren getroffene Schuldenabkommen zwischen Amerika und Frankreich endlich ratifiziert werden soll oder nicht. Amerika verlangt fast ultimativ die Ratifizierung, die Nationalisten in Frankreich agitierten vorläufig für die Ablehnung. In dieser verworrenen Lage, die die Krise des Parlamentarismus in Frankreich verhärtet und befestigt, hat der bekannte Sozialimperialist Leo Blum eine Rede über die Zukunft des Kabinetts Poincaré gehalten. Die Rede ist ein köstliches Gegenstück zur Politik der deutlichen Sozialimperialisten. Blum stellte fest, daß das Kabinetts Poincaré die kommende Schuldenabgabe möglicherweise nicht überleben werde. Aber was dann, fragte mit großem Pathos Leo Blum. Das Land könnte in eine Periode größter Unklarheit treten. Es behalte die Geduld, daß die Reaktion verstanden werde, die republikanischen Freiheiten abzuschaffen. Die Taktik der Sozialdemokratischen Partei werde ein sehr schwieriges Problem werden. Schlußfolgerung: man müsse Poincaré halten, um das Land vor der Reaktion zu schützen, womöglich durch Umbildung des Poincaré-Kabinetts mit Erweiterung desselben nach links. Leo Blum hat diesen Gedanken noch nicht ganz offen ausgesprochen, doch wird schon in den parlamentarischen Kreisen Frankreichs der Gedanke einer solchen „Umbildung“ des Kabinetts, d. h. der Einnahme von Sozialdemokraten und Radikalen lebhaft erörtert. Beide Fraktionen haben schon erklärt, daß sie für die Ratifizierung des französischen amerikanischen Schuldenabkommens stimmen werden.

Unerhörtes Racheurteil im Schulz-Prozeß

Der Justizfeldzug gegen die kommunistische Presse

Berlin, 2. Juli. Vor dem Schwurgericht 3 begann heute die Verhandlung gegen zwei Arbeiter, Schulz und Köber, die angeklagt waren, den Stahlhelmsmann Kleier getötet zu haben. Schulz und Köber werden von den Rechtsanwältinnen Samter und Tränkel verteidigt. Der Tod des Stahlhelmsmanns Kleier wurde damals in der gefamten Presse zu einer wahren Hehe benutzt gegen den KPD und den Kommunismus. Der angeklagte Schulz ist früher Mitglied der sächsischen Organisation „Olympia“ gewesen, aus der er aber kurz vor der Auflösung ausstieg. Sein Auscheiden hatte zur Folge, daß er von seinen früheren Kameraden überfallen und schwer mißhandelt wurde. Auf Grund dieser Erfahrungen schloß er sich dann für kurze Zeit dem Roten Frontkämpferbund an, von dem er sich jedoch bald wieder trennte. Köber, der noch Wehrling ist, war politisch bis jetzt überhaupt noch nicht organisiert. Köber selbst hat mit dem Totschlag nichts zu tun, er hat an dem fraglichen Abend Schulz lediglich mit einem Rabe durch Bankrott begleitet. An die Tat selbst hat Schulz nicht die geringste Erinnerung. Sein Geständnis beruht darauf, daß ihm die Polizei Köbers Aussagen vorhielt, worauf Schulz erklärte, dann müsse er wohl der Täter gewesen sein. — Der Prozeß zeigte schon am ersten Tage, daß wieder einmal eine groß ausgelegene Hehe gegen den Roten Frontkämpferbund möglich zusammengebrochen ist.

Trotz dieser Tatsache wurde Schulz wegen „Totschlags“ zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Köber wurde freigesprochen. Als die Jungen das Gerichtsgebäude verließen, verfluchten Stahlhelmer, die sich in der Umgebung zusammengetrotet hatten, zu provozieren. Mit den Rufen „Für Kleier fallen heute zwei!“ und anderen wüsten Drohungen drangen sie auf die Jungen und die zum Prozeß erschienenen Arbeiter ein. Auch Frauen bedrohten sie mit Steinen und anderen Schlaginstrumenten.

Gefängnis für kommunistische Redakteure

München, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Vor dem Amtsgericht München-Aue wurde die Verleumdungs-klage des der SPD angehörigen Majors und Reichsbannerführers Mann gegen die Genossen Rede und Etelinde sowie gegen den Genossen Klepper von der Sozialistischen Republik, Köln, verhandelt. Die angeklagten Redakteure wurden zu je 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Klage war erhoben worden, weil die Redakteure in einem von dem bairischen KPD-Präsident übernommenen Artikel dem Reichsbannerführer nachwies, daß er sich 1919 an der Niederschlagung der Münchner Räterepublik aktiv beteiligte.

In der Erkenntnis, daß die Bourgeoisie in den Reihen der SPD heute sozialdemokratische Führer benötigt, hat das Gericht die Möglichkeit der Führung eines Wehrheitsbundes abgelehnt.

„... der Mohr kann gehen“

Zum Vorstoß der Volkspartei

Der neue Vorstoß der Truttbourgeoisie gegen das Proletariat in Form der bereits bekannten Entschliebung der Volkspartei ist hochbedeutend. Die Partei Streilmanns ist mit den unerhörten Belästigungen die Müller-Regierung während des letzten Jahres der Arbeiterklasse auferlegt hat, noch unzufrieden und fordert noch mehr Jugendstände seitens der SPD-Führer. Die Regierung wird aufgefordert, die finanziellen Ersparnisse des Youngplans gegenüber den Damesachen ausschließlich den Unternehmern zugute kommen zu lassen; ein radikaler Abbau der Soziallasten soll erfolgen und zugleich wird die Durchführung der reaktionären Verfassungsreform zur noch schärferen Unterdrückung der revolutionären Arbeiterklasse verlangt. Das Zentralorgan der SPD-Führer, der Vorwärts, hat als Antwort auf diese unerhörten Forderungen nur ein klägliches Gestammel um die Arbeiterklasse über die Tragweite des Ganzen im unklaren zu lassen, bringt er die Entschliebung der Volkspartei nur im Auszug und erklärt dann u. a.:

„Tüdel ist innerhalb der Regierung oder der Parteien eine Mehrheit, die die durch die Neuregelung der Reparationen gewonnene Freiheit nach innen dazu benutzen will, die arbeitenden Volksmassen zu benachteiligen, dann wird dies den ohnehin losen Zusammenhang der Regierungsparteien aufs schwerste erschüttern.“ (?)

Diese leere Drohung mit einer Regierungstriebe nimmt niemand ernst. Natürlich, es gibt schließlich auch für die SPD-Führer eine „Grenze“ der Jugendstände. Wie weit dieselbe zwecks Rettung der Ministerstühle gestreckt ist, das bewies die Zustimmung der SPD-Führer zum Bankerfreier, zu den Zollerhöhungen und dem Abbau der Kriegsjahres- und die Diktaturdrohungen Senenings noch in den letzten Tagen. Und weil die Volkspartei und die von ihr vertretene Truttbourgeoisie das weiß, deshalb trumpft sie auf und verlangt nicht weniger noch schärferes Vorgehen gegen die deutsche Arbeiterklasse.

Vor wenigen Tagen hat ein „links“-sozialdemokratisches Blatt darauf hingewiesen, daß es leicht möglich sei, daß die Volkspartei sich nach anderen Koalitionsgegnossen umsehen würde, nachdem die SPD-Minister in der Regierung die arbeitereindlichen Schritte zur Annahme verholten haben. Viel man die Kommentare der volksparteilichen Presse zur Entschliebung ihrer Reichstagsfraktion dann bestätigt ist das vollkommen. So schreibt z. B. der Hannoverische Kurier:

„Wie uns von verschiedenen Seiten aus der volkspartei den Reichstagsfraktion berichtet wird, hängt die weitere Mitarbeit der Deutschen Volkspartei in dieser Regierung entscheidend davon ab, daß nunmehr mit der Steuerreform ernst gemacht wird, daß die Sozialdemokratie in einen durchgreifenden Kostenabbau einwilligt ... Die Volkspartei erreicht, daß der Sozialpolitische Ausschuss am 15. August zusammentritt, um über die Reform der Arbeitslosenversicherung zu beraten. Diese Tagung des Sozialpolitischen Ausschusses wird ein Prüfstein für die Sozialdemokratie, und wenn diese kein Verständnis zeigt, dann muß es zum Bruch kommen ... Man befindet sich an einem politischen Wendepunkt. Wenn es jetzt nicht gelingt, entscheidende innere Reformen zu erreichen, die eine Gesundung der Wirtschaft ermöglichen, so hat die Trennungslinje von der Sozialdemokratie geschlagen. Wenn sie sich nicht schnellstens zur Vernunft bekehrt und Finanz- und wirtschaftspolitisch den Forderungen der Volkspartei Rechnung trägt, ist an eine weitere Zusammenarbeit nicht zu denken.“ (!)

Das ist deutlich. Nachdem die SPD-Führer vom Bankerfreier bis zum Konfordat alles im Interesse der Bourgeoisie durchgezogen haben, droht ihnen jetzt die Volkspartei mit dem Austritt und mit der Koalition mit den Deutschnationalen — wenn sie nicht parieren und den Forderungen der Truttbourgeoisie auch in Zukunft Rechnung tragen wollen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!

Dem Racheurteil der Klassenjustiz ist mit dem 6. Hoherrratsantrag gegen den verantwortlichen Redakteur der sächsischen Arbeiterzeitung, dem Genossen Dombrowski, noch nicht Genüge getan. Bei einer Vernehmung wurde dem Genossen Thomas eröffnet, daß gegen ihn wegen 5 Artikeln, wegen „Ausforderung zum Verstoß gegen rechtsgültig erlassene behördliche Verbote“ Anklage in förmlicher Form erhoben worden sei. Die Delikte sind u. a. die Ausforderung zu Sammlungen für die rote Hilfe, Sammlungen für die Matrophen Jergiebels. Als Begründung muß noch Wilhelm II. herhalten.

Die Arbeiterklasse wird der so von der Klassenjustiz und der Polizei verfolgten kommunistischen Presse erst recht die Treue bewahren, und um so eifriger für sie werden.

Klassenjustiz gegen Jungarbeiter

Vor dem Hamburger Jugendgericht mußten sich zwei Jungarbeiter im Alter von 16 Jahren verantworten, die wegen schweren Aufruhrs angeklagt waren. Die beiden 16jährigen waren 3 Wochen lang im Untersuchungsgefängnis eingekerkert worden, um Geständnisse zu erpressen. Vor Gericht brach die Anklage schließlich zusammen. Der Angeklagte Heideborn, der in der Anklageschrift als „Anführer“ bezeichnet wurde, konnte infolge seiner politischen Wehrlosigkeit für die Straftat nicht verantwortlich gemacht werden und wird nun in einer Anstalt interniert. Der Prozeß ist angezettelt worden von den Sozialfaschisten in der Hamburger Volksemanzipation. Die Sipolente, die als Belastungszeugen auftraten, begrüßten sich untereinander mit „Freiheil!“ Das sind die Gesellen, die bei dem Reichsbanner die Kommandos zu organisieren imstande sind.

Vormarsch der kommunistischen Jugend

Der Bezirksverband Halle-Merseburg des KJVD konnte auf der letzten Bezirkskonferenz am 23. Juni berichten, daß seit Januar bis heute sich der Verband um circa 200 neue Mitglieder vergrößert hat.

Das Jugendsekretariat des KJVD Niederrhein konnte vom 1. Januar bis 15. Mai 148 neue Mitglieder buchen. Vom 15. Mai bis 15. Juni 154. Das sind in 5 1/2 Monaten 602 Neuzugänge. Seit dem Reichsjugendtag wurden 11 neue Ortsgruppen im Bezirk gegründet. Die Betriebszellen- und Fraktionsarbeit macht gute Fortschritte. Die Mitgliederzahl des KJVD Niederrhein (ohne die Unterbezirke Essen und Duisburg) ist doppelt so stark wie die SAJ am Niederrhein. Während der KJVD 53 Ortsgruppen hat, hat die SAJ nur 29.

Eine Anzahl der aus der SAJ übergetretenen oppositionellen Genossen landete einen Brief an die Mitgliedschaft der SAJ im Bezirk Niederrhein. Die Wirkung war, daß sich eine Anzahl SAJ-Funktionäre und Mitglieder bereit erklärten, den Oppositionskampf vorwärts zu treiben und die oppositionellen Mitglieder geschlossen zum KJVD überzuführen, während die Bürokratie der SAJ den Oppositionellen fürchterliche Kade droht. Die Ortsgruppen Hilden, Haan und Godd der SAJ sind zusammengebrochen. Eine freie Austrittswelle und ein freier Rückgang ist in anderen Ortsgruppen zu verzeichnen.

Weltkongreß der antimperialistischen Liga in Frankfurt a. M.

Das internationale Sekretariat der Liga gegen Imperialismus teilt mit, daß der zweite antimperialistische Weltkongreß vom 20. bis 31. Juli 1929 in Frankfurt am Main abgehalten wird. Die Verlegung von Paris nach Frankfurt ist erfolgt auf das dringende Verlangen verschiedener Organisationen und mit Rücksicht auf die technische Durchführung des Kongresses.

Die Verlegung nach Frankfurt am Main wird sicher viel dazu beitragen, daß noch zahlreiche Delegierte aus deutschen Arbeiter-Organisationen und deutschen Betrieben sich zum Kongreß melden werden.

Alle Anfragen und Anmeldungen zum Kongreß sind zu richten an das Sekretariat, Berlin SW 48, Friedrichstraße 24.

Zwei Schullinder bei einem Badeausflug ertrunken.

III. Frankfurt a. M., 2. Juli. Am Montagnachmittag unternahm eine Schullinje aus Bründorf an der Warthe einen Badeausflug. Mächtig verlor sie vor den Augen ihrer Mitschüler und des Lehrers zwei Knaben in den Fluten, ohne daß es gelang, sie retten zu können.

Schwerer Verkehrsunfall in Berlin

III. Berlin, 2. Juli. Am Dienstagnachmittag ereignete sich vor dem Hause Rembrandtstraße 9 ein schwerer Verkehrsunfall. Ein Lastauto wollte einem Radfahrer ausweichen und sah sich hierbei plötzlich einem Straßenbahnwagen gegenüber. Der Führer verlor die Sicht, riß den Wagen herum und geriet dabei auf den Bürgersteig. Dort riß der Wagen die Säule der Haltpelle der Straßenbahn um und fuhr in die wartende Menge hinein. Dabei wurden vier Personen schwer und einer leicht verletzt.

Aufruf des GRS zum Internationalen Genossenschaftstag

An die Proletarier und Werktätigen aller Länder!

Am 6. Juli begehen die Genossenschaften ihren alljährlichen Internationalen Propagandtag. Abermals werden die reaktionären Genossenschaftsführer bei dieser Gelegenheit verständlich, daß die genossenschaftlichen Ideale sich in der ganzen Welt immer mehr verwirklichen, daß die friedliche Arbeit der Genossenschaften zur allmählichen kampflosen Überwindung des Kapitalismus und zur Verwirklichung des Weltfriedens führt.

Die Tatsachen des verflochtenen Jahres reden eine andere Sprache. Verhärteste Ausbeutung des Proletariats durch die kapitalistische Nationalisierung, Verlängerung der Arbeitszeit, wachsende Arbeitslosigkeit, Ausplünderung der werttätigen Massen durch die Wucherpolitik der Trusts und Handelskongerne, durch Zölle und Steuern, gesteigerte Rüstungen zur Vorbereitung eines neuen gewaltigen Völkermordens im Interesse des kapitalistischen Profits — so steht in Wirklichkeit der Fortschritt der genossenschaftlichen Ideale während des letzten Jahres aus.

Millionen von Arbeitern und proletarischen Hausfrauen, die mit den Genossenschaften verbunden sind, spüren am eigenen Leib den ganzen Druck dieser rücksichtslosen Offensiv der Bourgeoisie. Immer klarer tritt hervor, daß die Konsumgenossenschaften nicht imstande sind, den Vormarsch des konzentrierten Kapitals, der Trusts, Kartelle und großen Handelskongerne, die fortschreitende Unterwerfung des Marktes unter ihr Preisdiktat mit den Mitteln friedlicher Genossenschaftsarbeit aufzuhalten. Immer deutlicher zeigt sich, daß die Beteiligung des kapitalistischen Systems durch den Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats auch für die Genossenschaftsbewegung der einzige Ausweg ist.

Das letzte Jahr war aber zugleich ein Jahr des gesteigerten Widerstandes der Massen gegen die Angriffe der Bourgeoisie, ein Jahr gewaltiger Streikbewegungen, ein Jahr des beginnenden Übergangs breiter Massen zum energischen Gegenangriff gegen ihre Unterdrücker.

Werttätige Genossenschaftler!

Es ist an der Zeit, zu begreifen, daß dieser Kampf zugleich euer eigener Kampf ist, daß auch der Platz der Genossenschaften, die Millionen von Werttätigen umschließen, in den Reihen der kämpfenden Proletarierarmee ist. Durch moralische und materielle Unterstützung der Arbeiterklasse in allen ihren Kämpfen können und müssen die Genossenschaften den Sieg der werttätigen Massen über ihre Unterdrücker und Ausbeuter beschleunigen helfen.

Bekundet am Internationalen Genossenschaftstage euren Willen, aus den Genossenschaften eine Waffe des proletarischen Klassenkampfes zu machen! Sagt den reaktionären Führern, die das verhindern wollen, schließten unerbittlichen Kampf an!

Im englischen Bund mit der Sozialdemokratie, diesem Kettenhund der Bourgeoisie gegen die rebellierenden Massen, sind die Genossenschaftsführer eifrig bemüht, die Genossenschaften zu einem willenlosen Werkzeug der kapitalistischen Ausbeuter und der imperialistischen Kriegsbekämpfer zu machen. Sie haben im letzten Jahre ihren Block mit dem räuberischen Finanzkapital weiter gefestigt; sie treten selbst den Wucherkongernen bei und beteiligen sich an der Ausbeutung der werttätigen Massen durch die Politik der hohen Monopolpreise, an der erpresserischen Ausbeutung der Kolonien durch die Bourgeoisie; sie unterstützen die imperialistische Politik der bürgerlichen Regierungen.

Täglich fallen sie der Arbeiterklasse in den Rücken und verweigern ihr die Gewährung von Hilfe in ihren Kämpfen. Rücksichtslos gehen sie mit Maßregelungen und Ausschüssen gegen alle vor, die eine entschiedene Verteidigung der Interessen der Werttätigen durchführen, oder auch nur verlangen. Sie beginnen schon mit dem Ausschluß ganzer Organisationen, weil sie freiziehende und ausgesperrte Arbeiter unterstützen haben. Lieber spalten sie die Genossenschaften, als daß sie deren Einwirkung in die Kampffront der werttätigen Massen zulassen würden.

Sie haben die Genossenschaftsinternationale, die 50 Millionen Werttätige umfaßt, längst zu einem Anhängsel des Völkermordens herabgewürdigt. Sie nähern in den Massen die Illusion, daß dieser Bund imperialistischer Räubermächte die Widersprüche der kapitalistischen Welt lösen und den Völkern den Frieden bringen werde. Sie unterstützen seine Politik der Anfeindungen gegen die revolutionäre Sowjetunion. Sie verfolgen die Sowjet-Genossenschaften, hindern sie an der Vertretung der Interessen der Werttätigen in den Organen der Internationalen Genossenschafts-Allianz und bedrohen sie mit dem Ausschluß. Gleichzeitig verbrüdernd sie sich mit dem Faschismus und bieten den faschistischen Genossenschaften Italiens die Hand zum Eintritt in die Allianz. Sie helfen eifrig mit bei der Sammlung aller konterrevolutionären Kräfte in der ganzen Welt; sie suchen mit allen Mitteln die revolutionäre Aktivität der Massen zu unterbinden.

Während sie schöne Worte machen über die Friedensmission der Genossenschaften, betteln sie bei den Regierungen um Heeresaufträge für ihre Betriebe, unterstützen sie die Einführung von Gesetzen zur Mobilisierung der Genossenschaften im Kriegsfall für die Zwecke der Bourgeoisie.

Genossenschaftler! Arbeiter und Werttätige in allen Ländern!

Die Gefahr eines neuen Völkermordens rückt näher und näher. Denkt an die schmachvolle Rolle der Genossenschaftsführer während des letzten Weltkrieges! Wollt ihr verhindern, daß sie im kommenden Reize dieselbe, vielleicht noch schlimmere Rolle spielen, so reißt ihnen die heuchlerische Maske vom Gesicht! Hebet ihre Köpfe hinweg legt alle eure Kräfte ein, um in einer Front mit dem revolutionären Proletariat die Massenmörder eines neuen imperialistischen Krieges zu verhindern!

Am 1. August wird das revolutionäre Proletariat seinen Kampfwillen gegen die imperialistischen Kriegsbekämpfer und ihre sozialpatriotischen Lakaien bekunden. Zeigt, daß auch ihr bereit seid, am 1. August in Reich und Glied mit den demonstrierenden Massen zu marschieren.

Schaut auf das Beispiel eurer Brüder, der Arbeiter und werttätigen Bauern der Sowjetunion! Geführt von der herrlichen Partei Lenins, haben sie das kapitalistische Joch längst schon abgeschüttelt und bauen heute zielbewußt eine neue sozialistische Gesellschaft.

Wächtig entfalten sich in der Sowjetunion die Genossenschaften. Sie werden die Selbständigkeit der breitesten Massen und helfen die letzten Reste des kapitalistischen Systems beseitigen. Der grandiose Fünfjahresplan für den wirtschaftlichen Aufbau der Sowjetunion weist den Genossenschaften eine ungeheure Rolle zu. Nur im Sowjetlande, wo die Genossenschaften auf dem

Boden der Diktatur des Proletariats wachsen und wirken, sind sie in Wahrheit der Weg zum Sozialismus.

Genossenschaftler, Arbeiter und Werttätige in der ganzen Welt! Dieses Werk eurer herrlichen Brüder ist auch ein anfeuerndes Beispiel und eine Stütze in eurem schweren Kampfe gegen die Bourgeoisie. Verteidigt dieses Werk mit allen euren Kräften! Zeigt der Kapitalistenklasse und ihren sozialdemokratischen Lakaien, daß ihr jeden Versuch eines Angriffs gegen die Sowjetunion mit dem revolutionären Gegenangriff gegen die Bourgeoisie beantworten werdet!

Die reaktionären Genossenschaftsführer verwandeln den Internationalen Genossenschaftstag aus einem revolutionären Kampfstag der Massen in einen Tag beschaulicher Familienfeier.

Proletarier und Werttätige aller Länder! Macht am 6. 7. diese Absicht der Führer durch euer Auftreten zunichte! Holt ihre Regenbogenfahne herunter, dieses Sinnbild heuchlerischen Klassenfriedens! Entfaltet die rote Fahne des Klassenkampfes, steht auf die Straßen und Plätze und verkündet dort eure Losungen!

Arbeitertorrespondenten, an die Front!

Genossen Arbeitertorrespondenten! Die Partei führt die Vorbereitungen zur Antikriegsgebäude am 1. August. Der Kampf gegen die Kriegsgefahr und den Faschismus steht im Vordergrund unserer Arbeit. Die bürgerlichen Vorkämpfer der Vorbereitung zur neuen kriegerischen Verheerung. Der Stahlhelm sammelt, der Rummel der Vaterländischen Verbände, der „Interessengemeinschaften gegen die Kriegsschuldfrage“, in denen sich alle Kriegstreiber, von den Nationalsozialisten bis zu den Demokraten zusammenschließen haben, waren deutliche Zeichen der Aktivität der Militaristen, der Imperialisten.

Die Sozialdemokraten stehen mit den Kriegstreibern in einer Front. Sie sind die aktiven Vorkämpfer des Krieges. Sie sind die Förderer des Flottenbauprogrammes, der Reichswehrvergrößerungen. Sie arbeiten mit Hochdruck, die imperialistischen Voraussetzungen für den neuen Krieg zu schaffen. Mit den Mitteln der Verbote und der brutalen Unterdrückung versuchen sie die Wehrorganisation des Proletariats, den RFD, zuerschlagen, die Verbote der kommunistischen Zeitungen dienen dazu, zu verhindern, daß die Arbeiter die Wahrheit über die wirkliche Lage erfahren. Jetzt drohen die Sozialfaschisten mit der Diktatur. Unter dem Regiment des weißen oder schwarzrotgoldenen Terrors sollen die Arbeiter zur verstärkten Ausbeutung willig und für den neuen imperialistischen Krieg müde gemacht werden.

Für uns heißt es jetzt:

Alle Mann an die Arbeit!

Gerade den Arbeitertorrespondenten kommt jetzt eine erhöhte Bedeutung zu. Sie müssen unsere Arbeit aktiver führen.

Hoch die Solidarität aller Werttätigen im Kampf gegen das Kapital! Es lebe die Kampfgenossenschaft der Genossenschaften mit allen revolutionären Arbeiterorganisationen!

Nieder mit der Sozialdemokratie! Nieder mit den verräterischen Genossenschaftsführern! Es lebe die revolutionäre Einheit der Genossenschaftsbewegung!

Unerbittlichen Kampf dem Faschismus! Nieder mit den Sozialverrättern, die sich mit dem Faschismus gegen die Arbeiterklasse verbünden!

Beteiligung der Genossenschaften am Kampf der Massen gegen die Vorbereitung imperialistischer Kriege! Es lebe der 1. August, der Kampfstag des revolutionären Proletariats gegen den Imperialismus und seine sozialpatriotischen Helfershelfer!

Brüderliche Solidarität mit den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion! Verteidigung des Vaterlandes der Geknechteten und Ausgebeuteten der ganzen Welt mit allen Mitteln.

Es lebe der revolutionäre Befreiungskampf aller Schaffenden unter Führung der Arbeiterklasse!

Es lebe die Diktatur des Weltproletariats!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Schreibt sofort eure Auffassungen über den Krieg. Schreibt über die Stimmungen der Arbeiter. Schreibt über eure Kriegserlebnisse. Bringt Schilderungen aus dem imperialistischen Krieg. Schreibt aus den Betrieben, von eurer Arbeit, die jetzt schon Bezug auf die Kriegsführung hat. Schreibt über die Manöver der Sozialdemokraten. Schreibt auch über das Vorgehen der Faschisten.

Selbst mobilisieren. Arbeitertorrespondenten, Genossen, Parteiliche, Sympathisierende, Gegner des imperialistischen Krieges, Klassenkämpfer, Freunde und Mitarbeiter für die proletarische Revolution, stellt eure Kraft in den Dienst unserer Kampf-bewegung.

Verbindet die Kriegstreiber mit der wirtschaftlichen Lage. Schreibt über das Leben der Arbeiter, die Hungerlöhne, die Teuerung, die elenden Wohnungen. Fördert den Kampf um zwischenstaatliche Lohnregelungen.

Stellt die Sklavenketten zerreißen. Erhebt eure Stimme, jammert die Entschlossenen, werdt die Säumigen, schmeißt mit an der Einheitsfront des Proletariats.

Beginnt eure Arbeit sofort!

Sendet eure Berichte an uns. Seid Kämpfer gegen den imperialistischen Krieg, gegen den Sozialfaschismus und den reinen Faschismus. Gegen den Polizeiterror und den Unternehmerterror. Noch einmal:

Alle Mann an die Arbeit!

Die Redaktion der Arbeiterstimme.

Durcheinander bei den Nationalsozialisten

von Müde gegen Killinger — Zur Regierungsbildung in Sachsen

Dresden, den 2. Juli.

Ob, wenn diese Zeilen in Sach gehen, die Jangengeburts der sächsischen Regierungsbildung zustande gekommen ist, bleibt noch dahingestellt. Heute verbreitet die Telegrafienunion die Meldung, daß Herr Killinger einem Nationalsozialisten des Innenministeriums übertragen wolle. Nach Redaktionschluß erfuhr wir, daß diese Meldung der Telegrafienunion unzutreffend sei. Am 12 Uhr fanden neue interfraktionelle Verhandlungen im Sächsischen Landtag statt. Die Werttätigen hatten inzwischen die ultimative Forderung erhoben, an der Regierung durch ein Ministerium beteiligt zu werden, andernfalls sie geschloßen, also nicht mehr Herr von Tumeltshausen allein, gegen Herrn Killinger stimmen würden. Die Nationalsozialisten sind etwas durcheinander gekommen. Die Reichsleitung scheint mit der allzu offen dokumentierten Ineditschleichen Unterwerfung Killingers unter das sächsische Großkapital nicht ganz zufrieden zu sein. Die Reichsleitung verliert deshalb ein Mandat anders herum. Nachdem von Killinger in der letzten Landtagsitzung eine Erklärung gegen die marxistische Bewegung abgegeben ließ, schickt Herr von Müde heute an die Kommunistische Partei und die Sozialdemokraten ein Schreiben, in dem er diesen den Vorschlag macht, eine Regierung zu bilden, die von den Nationalsozialisten unterstützt würde. Das Schreiben des Herrn von Müde erfolgt im Auftrag der Reichsleitung, und hat folgenden Wortlaut:

Hellmuth v. Müde Dresden-Voschwitz, den 29. Juni 1929.
Fernruf: Dresden 37 400
Postfach: Dresden 15 020

Vertraulich!

An die

Herrn Vorsitzenden der
sozialdemokratischen und
kommunistischen Fraktion im Sächsischen Landtag

Dresden
Landtag

Sehr geehrte Herren!

Die Entwicklung der innerpolitischen Ereignisse, die sich an die Wahl des jetzigen Herrn Ministerpräsidenten geknüpft haben, veranlassen die Reichsleitung der NSDAP in Überlegungen einzutreten, ob die zukünftige Regierung überhaupt lebensfähig ist.

Ich darf mir daher erlauben, als Abgeordneter der „Sektion Reichsleitung“ der NSDAP mit Ermächtigung und im Auftrage meiner Parteileitung an Sie heranzutreten mit der Frage, ob Sie geneigt sind, mit mir Verbindung aufzunehmen zur Klärung der Frage, ob eine Unterstützung einer von Ihren Parteien gebildeten sächsischen Regierung durch die nationalsozialistische Fraktion sich ermöglichen läßt.

Die Reichsparteileitung legt Wert auf die Klärung dieser Angelegenheit, um mit der Landtagsfraktion entsprechend in Verbindung treten zu können.

Die Herren werden sich aus dem vorigen Landtage erinnern, daß dieselbe Frage schon einmal gespielt hat und daß

damals mir Zusicherungen gemacht werden konnten, die es uns ermöglicht haben würden, eine von Ihren Parteien gebildete Regierung zu unterstützen.

Mehr oder minder dieselben Punkte würden ja auch heute zur Debatte stehen. Ich darf Sie daher im Kernpunkt wiederholen. Damals stellte ich zur Bedingung in erster Linie die Vermeidung jedes Ausnahmefalles gegen meine Partei, Vermeidung jedes Verbots oder Auflösung aus Gründen, die bei anderen Parteien unter gleichen Verhältnissen nicht zum Verbot oder zur Auflösung führten, Vermeidung aller Polizeischikanen usw. usw., Vermeidung einer Beschränkung der Meinungsfreiheit.

Sollten die Herren geneigt sein, die angeregte Besprechung zu haben, so wäre ich für eine gefällige Benachrichtigung gegebenenfalls fernmündlich (37 400) zu Dank verpflichtet.

Ich darf annehmen, daß ein völliges Schweigen auf mein Schreiben als Ablehnung aufzufassen ist und daß ich dann dementsprechend meiner Parteileitung Bericht erstatten könnte.

Die nationalsozialistische Fraktion hat Kenntnis.

Ich darf ergebnis bitten, dieses Schreiben als vertraulich zu behandeln.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener

geg.: Hellmuth v. Müde,
Abgeordneter der „Sektion Reichsleitung“
der NSDAP.

Zu diesem Brief möchten wir zuerst folgendes erklären: Vertraulichkeiten zwischen uns und den Nationalsozialisten gibt es nicht. Wir haben das schon gestern einmal in einem Teil unserer Presse festgestellt. Die Nationalsozialisten sind eine faschistische, arbeiterfeindliche Organisation. Darüber, daß Herrn von Müde im vorigen Landtag Zusicherungen gemacht worden seien, ist uns nichts bekannt. Die kommunistische Partei hat Zusicherungen nicht gemacht und macht keine an ihre Klassengegner. Der Brief zeigt, daß bei der Nationalsozialistischen Partei Verwirrung entstanden ist und daß zwischen Reichsleitung und Landtagsfraktion Differenzen aufstehen. Bezeichnend an dem Schreiben aber ist, daß auch Herr v. Müde als Vertreter der Reichsleitung sich „insofern grundtätig gegen eine sozialistische Regierung ausspricht, sondern nur, weil Zweifel aufstehen, „ob die zukünftige Regierung überhaupt lebensfähig ist“, seinen Vorschlag unterbreitet. Die Reichsleitung der Nationalsozialisten sucht für Sachen also eine lebensfähige, dauerhafte Regierung für den kapitalistischen Staat. Wenn die Reichsleitung der Nationalsozialisten glaubt, mit diesem Brief ein Mandat gegen die Kommunisten durchführen zu können, hat sie sich in der Auswahl des Objekts geirrt. Die Stellung der kommunistischen Partei zur Regierungsbildung, wir unterstreichen das nochmals, ist absolut klar. Die kommunistische Partei steht gegen alle Parteien der Kapitalisten und denkt gar nicht daran, die Lage der Regierungsparteien in Sachsen zu erleichtern.

Zu uns, Prolet!

„Es lebe der Lump!“ war die meistverbreitete Scheltensprache gegen die „Verlogenheit“ durch die sozialen Verhältnisse. Hier erhebt sich ein sozialistischer Kampf zum Bewusstsein der Bestimmung der menschlichen Existenz.

„U Aspirant
das ist mein Stand
im schwarzen, goldenen“, „Vaterland!“
Es lebe der Lump!
Es nachtet! Es tagt!
Die Sorge mich plagt
wohin der Vermittler mich nächstens wohl jagt?
Es lebe der Lump!

„In welchem Revier,
verdiente ich mir
so viel, um so frei zu sein wie ihr?
Es lebe der Lump!“

„Die ihr mich hier kauft
für die ich getauft
mit bitterem Schweiß, der mich überläuft.
Es lebe der Lump!“

„Du bleibst ein Anecht
für das Herrengeschlecht!
Hörst du nicht das Signal für das letzte Gefecht.
Es lebe der Lump!“

„Feh du unbelohnt
für die Herren gekront
der du im Dunkeln wohnst wie du immer gewohnt.
Es lebe der Lump!“

„Herbei Kamerad
werde Soldat
der Revolution gegen den Klassenstaat!
Es lebe der Lump!“

„Ich lieg' und beißt...“

Wenn der fette Speicher und vielleicht auch Herr Dr. Festschmann sich noch in den weichen Federn wälzen (gemäß dem Brauch des Plintheim'schen Käfers, der auf dem Golde „liegt und beißt“), dann liegt der Prolet, der erwerbslos wurde, schon auf der Stempelallee an Stundenlang. Ab 7,30 Uhr drängen sich in der Antragsabnahme auf der Maternistraße mehr als jeweils 100 Männer. In einer dicht gewundenen Schlange, die den Raum zwischen den Mauern mehr Raum bietet, warten die Männer geduldig bis die Reihe an sie kommt. Sie müssen mindestens 1 1/2 Stunde stehen und warten. Die Luft ist stickig, Sitzgelegenheiten sind höchst mangelhaft vorhanden und ein einziger Beamter an Stelle von mehreren die sich leicht vermitteln in Urlaub befinden, verzögert alle Anträge. Der Prolet hat ja Zeit. „Nur brummt“, „Ich lieg' und beißt“, mag der erwerbslose Prolet murmelnd. „Ich lieg' und bin arm!“ Recht geht ihm. „Warum ist er arm?“ Sieht er immer noch nicht ein, daß die Zeit vorbei ist, so lag er unter der Last zu liegen wie der Mann auf dem Bild an der Wand der Antragsstelle. Es wird Zeit, daß die Rückwärtsleiter des Arbeitsamtes, die niederrückige Spekulation auf die „immergleiche Ruhe“ der Erwerbslosen durchkreuzt werden. Andere Genossen müssen die Stunden des Wartens benutzen um unter den Erwerbslosen zu agitieren, ihnen den Sinn des kapitalistischen Systems erläutern und sie einziehen in die antikapitalistische Front, die am 1. August ohne Rücksicht auf die Gefahr bereit gegen die Konterrevolution.

Das Naturfreunde-Gautreffen

wurde eingeleitet durch eine sogenannte Feiernunde, mit Musik und Gesang. Ministerialrat Rikau sprach in einer feiner Stellung gemäß ich vornehmen Art von Weg, Ziel und Aufgaben der Naturfreunde. Daß er diese Dreieck nicht in der Richtung des proletarischen Kampfes sondern in kleinbürgerlicher Humanitätsbühne habe nicht Wunder. Er nahm Wunder, daß die Naturfreunde diese Rede lebhaft applaudierten. Theodor Kahlert von der Komödie machte die Feiernrede mitunter durch seine Sprachkunst verfallen. Am Sonntag bewegte ich von Neustadt über nach der Ausstellung ein Demonstrationstreffen. Von ernsthaften proletarischen Forderungen und dem Klassenkampflichen Willen ist in der Veranstaltung herzlich wenig. Seitens des Juges ein Transparent: „Wo wir uns der Sonne freuen, sind wir jede Sorge los.“ Diesen Kurs auf die grüne Insel des Vergnügens kann der Klassenbewußte Arbeiter nicht mitgehen. Daß er bei diesem Umgang so stark betont wurde, zeigt in welchem Maße die Naturfreunde zur Abseitigkeit neigen und welche Aufgaben dem Teil der Mitgliedschaft winken, der aus der Arbeiterwanderorganisation tatsächlich einen Kampstrupp des sozialen Fortschritts machen will.

„Hier ist's grün, da ist's grün...“

Am einem Sommerabend ging ich, um ein bißchen Luft zu schnappen, im Schweizerviertel spazieren. Als ich an dem Hause Altenseiler Straße 13 vorbeikom, löste es aus dem Garten.

Wenn die Kake Junge hat...

Die Dresdner Tagespresse berichtet vor einigen Tagen von der Bekämpfung eines Diebstahls, der sich auf einem Postamt ereignete. Die Postbeamten hatten sich auf einen Diebstahl auf diesen Vorfall veranlassen mit der nachfolgenden Geschichte, die Stoff für einen Roman oder eine Novelle liefern würde. Sie ist nicht etwa erfunden, sondern ist, wie tatsächlich in einem Fall an der Poststelle verlief. Nach eigenem Urteil wurde dann man nämlich einem Postbeamten auf die Spur, der vor fast zweieinhalb Jahren einen ansehnlichen Geldbetrag gestohlen hatte.

Am Januar 1927 verließ ein Bremer Nord auf täuschende Weise eine Bargeldsumme von rund 24.000 Mark. Der Verdacht lenkte sich zuerst auf verschiedene Postbeamte, doch gelang es nicht, den wirklichen Täter zu ermitteln. Unter den Verdächtigen, befand sich auch der Postbeamte Heinrich Peters, der jedoch nach näherer Untersuchung aus der Reihe der in Betracht kommenden Leute ausschied, da er angeblich zurzeit des Diebstahls in Urlaub gemein zu sein. Zweieinhalb Jahre vergingen, ohne daß man der Aufklärung des Diebstahls näher gekommen war. Man hielt den Betrag für verloren, und der Diebstahl war schon fast in Vergessenheit geraten.

Am 14. Juni dieses Jahres nun spielte der Sohn Nietze des damals verdächtigten Postbeamten auf dem Hofe des Grundbesitzes, das Peters in Bremer Nord besitzt. Nietze erzählte seinem Spielgefährten, daß die Kake, die die Familie zum Schutz gegen die Wäuselplage hielt, Junge habe. Die Schar der Kinder machte sich auf die Suche nach den kleinen Kästchen. Auf dem Dachboden zwischen dem alten Gerümpel fanden die Kinder zwar nicht die Jungen, wohl aber in einer Ecke ein größeres Bündchen Papiergeld.

Die Kinder ließen sofort von weiterem Suchen nach den Kästchen ab und beschloßen, Kaufmann zu spielen. Bezahlen konnten sie ja ihre Ware. Bis zur Abendzeit war auf dem Hofe

Geaner der Eingemeindungspolitik

Die Eingemeindung Gohlis nach Dresden beschäftigt seit Monaten die vertraglich schließenden Gemeinden. Das Vereinigungs-Ortsgebiet wurde am 18. März 1929 beschlossen. Schon am 19. 3. erließ der Dresdner Stadtrat die Amtshauptmannschaft Dresden, Beschlüsse für die Ausgleichsverhandlungen mit dem Bezirksverband gem. §§ 140/142 der Gemeindeordnung zu übermitteln.

Die Amtshauptmannschaft lehnte am 2. April mit der Begründung ab, daß sie keine Verantwortung habe, die Ausgleichsverhandlungen anzuknüpfen, bevor nicht das Ortsgebiet die Zustimmung der beiderseitigen Aufsichtsbehörden gefunden habe.

Gegen diese ungerechtfertigte Verögerung durch die Amtshauptmannschaft nahm der Stadtrat Stellung und erstattete am 9. April Bericht an die Kreisoberhauptmannschaft Dresden.

Der Gemeinderat zu Gohlis legte das Ortsgebiet am 4. Juni der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vor. Der Bezirksauswahlschuss der Amtshauptmannschaft Dresden hatte sich in seiner letzten Sitzung mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Vom Bericht erstatter der Amtshauptmannschaft, Kap. Rat Dr. Ehrhardt, dessen Verhalten schon in der Eingemeindungsfrage höchst kritisiert, und gegen den selbst in der bürgerlichen Presse wegen „öffentlich unrichtiger Behauptungen“ Stellung genommen wurde, lag ein Gutachten vor, welches Ablehnung des Ortsgebietes forderte. Obwohl vom Tage des Eintrages des Ortsgebietes der Amtshauptmannschaft an fast 3 Wochen vergangen waren, in welchen genügend Zeit war, den Bezirksauswahlschuss die Stellungnahme der Amtshauptmannschaft durch ein Gutachten rechtzeitig vor der Bezirksauswahlschuss mitteilen zu lassen, brachte es die Amtshauptmannschaft fertig, erst in der Sitzung des Gutachten vorzulegen. Aber den Zweck dieser bei der Amtshauptmannschaft üblichen Praxis sind wir im Klaren, sie wurde auch von dem kommunalistischen Vertreter im Bezirksauswahlschuss geteilt. Der Amtshauptmannschaft verweigerte die Notwendigkeit von Vorlagen zu Beratungsgegenständen überhaupt abzuschreiben und verstaute sich hinter die Zeitungen, die ja über die schwebenden Eingemeindungsfragen schon genug geschrieben hatten. Die Sozialdemokraten mußten ihm natürlich zustimmen, wie sie sich auch für den Vorstoß des Regierungsrates, also gegen die Genehmigung des Ortsgebietes ausgesprochen. Es blieb dem kommunalistischen Vertreter, Gen. Wirth, vorbehalten, gegen das Gutachten der Amtshauptmannschaft in längerer Ausführlicher Stellung zu nehmen, die Eingemeindungspolitik grundsätzlich und die Behandlung der Angelegenheit Gohlis im besonderen aufzurollen. Mit vollem Recht betonte er, daß die Amtshauptmannschaft Dresden das Selbstverwaltungs- und Bestimmungsgewalt der Gemeinden, sowohl im Falle Höfemweg als auch hier im Falle Gohlis misachtet und durch ihre lächerlich wirkenden Manöver die Eingemeindungen auch in der Zukunft keinesfalls verhindern kann. Wenn die Amtshauptmannschaft behauptet, daß landesgesetzliche Bestimmungen verletzt worden seien, und § 11 Abs. 4 des Ortsgebietes unbedingt behandelt werden müsse, so sei das nur ein plethorischer Grund, um nicht offen auszusprechen, daß die für Gohlis zugewiesenen 100prozentigen Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer der „Dorn“ sind, den Bürgerliche und Sozialdemokraten abbrechen wollen. Die grundsätzliche Stellungnahme der kommunalistischen Partei zu dieser Steuer und den Zuschlägen ist bekannt. Übersichtlich ist aber auch, daß Bürgerliche und Sozialdemokraten überaus für 150 Prozent Erhebung sind. Weil nun der Zuschlag in Gohlis nicht nach 150 Prozent erhoben werden soll, deshalb lehnen Bürgerliche und Sozialdemokraten das Ortsgebiet ab. Lediglich der Vertreter der kommunalistischen Partei stimmt für das Ortsgebiet der Gemeinde Gohlis mit Dresden. — Wahrscheinlich soll sich nur die Gemeindefinanzverwaltung damit beschäftigen. Verhindern kann man durch solche Maßnahmen nicht, daß auch noch andere Gemeinden sich Dresden anschließen werden. Die Arbeiter wollen an diesem Falle erneut erkennen, wie Gemeinde-, Bezirks-, Landes- und darüber hinaus Reichspolitik nicht voneinander zu trennen, wie abhängig die Gemeinden von den Landesgesetzen sind und wie unähnlich die Auswirkungen derselben. Das Selbstverwaltungsrecht steht nur auf dem Papier, in der Praxis des kapitalistischen Staates wird es misachtet.

Wie vermittelt das Arbeitsamt?

„Das Arbeitsamt vermittelt unparteilich und unparteilich.“

Darüber dürfte man anderer Ansicht werden, wenn man sich näher mit dieser Vermittlung befaßt. Wird da eine Arbeitslose zu einer Arbeit vermittelt, welche nur von angelegenen Kräften ausgeführt werden kann. Zu einer Art vermittelt, welche sich, auch nicht im engersten, mit der Branche der letztjährigen Tätigkeit vereinbaren läßt. Selbstverständlich wird diese Arbeitshilfe von Arbeitgeber dankend abgelehnt. Es macht dem Arbeitsamt aber gar nichts aus, diese Arbeiterin, drei Wochen später, nochmals in denselben Berufsbranche und an dieselbe Firma zu vermitteln. Als alle die Vorstellungen dieser Arbeitslosen dem Vermittler gegenüber, daß sie die verlangte Arbeit nicht leisten kann und deswegen von der Firma abgelehnt wurde, nicht fruchten, hat sie, in ihrem überhöhten Rechte, die Annahme dieser Arbeit verweigert. Das Dresdner Arbeitsamt, mit dem Sprachauswahlschuss, sind darüber anderer Meinung. Kein Arbeitsloser hat das Recht Arbeit zu verweigern. Selbst dann nicht, wenn er sich bis in den Tod demütigen muß. Andernfalls geht er seiner Unterjochung auf vier Wochen verurteilt. Kurz also: Nimm die Arbeit.

Aus Ostfachsen

Die Elternratswahl verfallen...

Kleinnaundorf. Das heißt, die Wahl des Elternrates sollte am 16. Juni stattfinden, hatte sich aber erledigt. Warum? Nun, das hat seine eigene Geschichte. Am Sonnabend, 11.30 Uhr, richtete der Vertreter der Liste „Proletarischer Schulkampf“ ordnungsgemäß seine Liste beim Wahlleiter ein und fragte zu stehen, die wienische Liste war leer. Da bekam er zur Antwort: „Die erste.“ Unter Vertreter war schlau und setzte sich, wenn nicht gerade auf die Treppe, so aber in die Nähe und sagte auf: „Und siehe da, unsere Liste blieb die erste und einzige.“ Galt also mit allen acht Vertretern als gewählt. Verschiedene Male war die kommunalistische Elternschaft an die Leute der sozialdemokratischen Liste, die von allem Anfang an bis jetzt die Vertretung der Elternschaft in den Händen hatte, herangegangen zwecks Verbindung. Aber nichts ließ sich hören, weder von einer Verbindung, noch von der Arbeit des sozialdemokratischen Elternrates überhaupt. Der hielt aller Jubeljahre eine Sitzung ab, erklärte, daß es sich mit der Lehrerhaft wunderbar zusammenarbeiten lasse, und alles andere hatte sich erledigt. Wie dieser sozialdemokratische Elternrat geschlossen hat, beweist, daß sie sogar das persönliche Einsehen ihrer Liste, trotz persönlicher und schriftlicher Aufforderung, verfallen lassen haben. Als die kommunalistische Liste als gewählt galt, gab es lange, entzündete Gespräche in Dörfer zu sehen. Deswegen wohl, weil die Arbeit des neuen kommunalistischen Elternrates im angenehmen Gegensatz zu dem Schattenspielen des sozialdemokratischen stehen wird. Die Kommunisten haben „Bordis“ bekommen. Sie werden es verstehen, diesen „Bordis“ umzuwandeln in bare Münze. Eines sehen wir heute schon: über verschiedene Dinge wird noch manches gesprochen und geschrieben werden müssen. Auch in Zukunft werden wir immer neues Material bringen. Wir wenden uns aber an die Deffektivität, vor allem an die Elternschaft, die Anträge und Maßnahmen des neuen kommunalistischen Elternrates im Interesse ihrer schulpflichtigen Kinder zu unterstützen. Sollten sich von den bisherigen Vertretern Sabotageakte zeigen, dann werden wir diese reißlos in der Deffektivität entlarven. Besser wäre es schon, sie abzulehnen weiter und pflichten in den Kampf zur Umgruppierung der Gesellschaft zum Sozialismus nicht mehr hinein. Praktisch haben sie diesmal bereits bewiesen, zu was sie in Zukunft von der Geschichte verdammt werden — zum Scheitern. (Arbeiterkorrespondenz 982.)

Bad Schandau. Mit jedem Sommer das alte Lied. Beim Baden in der Elbe an verbotener Stelle unterhalb der Carolabrücke ist am Sonntagnachmittag der 15. Jahre alte Badergeselle Peter J. aus Dresden ertrunken. Er hatte die am Ufer aufgestellte Warnungstafel nicht beachtet.

Dohna. In unserer Arbeiterkorrespondenz „Reaktion auf sozialistisch frischer“ ist ein innenverleibender Druckfehlerentwurf enthalten. Es muß heißen, daß die kommunalistische Partei (nicht die SPD) beantragte, die 7000 Mark den schon vom Staat mit einer Beihilfe bedachten drei Kinderreihen zu überweisen.



Mittwoch den 3. Juli
16,30: Konzert. 18,05: Arbeitsmarktbericht. 18,20: Wettervorhersage und Zeitangabe. 18,30: Spanisch für Anfänger. 18,55: Arbeitsnachweis. 19: Art und Gesellschaft. 1. Vortrag: Die Stellung des Arztes in der Gesellschaft. 19,30: Bevölkerung und Wirtschaft. 2. Vortrag: Der Geburtstagsfeier der europäischen Völker. 20: Hans Reimann mit eigenem Programm. 21: Aus den deutschen Opern. 22: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend: Unterhaltungsmusik.

Donnerstag den 4. Juli
16,30: Alte Musik. 18,05: Steuerrundfunk. 18,20: Wettervorhersage und Zeitangabe. 18,30: Spanisch für Fortgeschrittene. 18,55: Arbeitsnachweis. 19: Paul Wöhlmann (Dresden): Arbeiter und Theater. 19,30: Art und Gesellschaft. 2. Vortrag: Die Stellung des Arztes in der Gesellschaft. 20: Zu Heinrich Böllers 75. Geburtstag. 21: Kolonialvorträge. 22: Funfpranger. 22,05: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend: Junksille.

Zellendelegiertentferenz Groß-Dresden

Mittwoch den 3. Juli, 19.30 Uhr, im Bellevue, Walterstr. / Gen. Sindermann gibt Bericht vom 12. Reichsparteitag

Rüfzet zum Antifriegstag, dem 1. August!

Sachristenaufmarsch unter dem Schutze sozialdemokratischer Koalitionsminister

Wien. „Kommunistischer Heberfall“ — Die Kommunisten wollen 200 Tote am 1. Mai — Auf Moskaus Befehl soll am 1. Mai in Berlin Blut fließen.“ So und noch viel anders klingen die Vorwärtswortlein im Reich, wobei auch unsere „linke“ Wiener Volkspartei ihren nötigen „radikalen“ Ton fand, um ihren Berliner Befehlshabern und Polizeisozialisten ihre Untertanentreue zu beweisen. Systematisch bearbeiteten die Volkspartei- und Vorwärtswortlein die Parteimitglieder den Boden, auf dem die anderen Genossen „kämpfen“ wollten. Diese „anderen“ waren die Genossen Polizeipräsidenten, vor allem ihr Berliner Vorgänger, die die Norddeutsche sozialdemokratische Zeitung benutzten, um die 1. Mai-Demonstration zu verbieten. Wenn auch einige das Verbot nieder aufhoben, Jürgel wollte Koste schlagen, darum ließ er es bestehen, nicht allein nur weil „Er“ Koste übertraf, sondern darum, weil er den Kampftrupp des Profetariums niederknüppeln wollte. Jürgel hat sein Ziel erreicht, die Toten von Berlin langten für die „Nächsten“ aus, um die Schutztruppe des Profetariums, den Roten Frontkämpferbund, zu verbieten. Die „Nächsten“, das waren die Minister (unter Führung des sozialdemokratischen Reichsinnenministers Sperling), die die Koste verboten und die Strafe frei für die sozialistischen Freunde der kapitalistischen Republik hielten.

Raum ist Rot-Front verboten, schon sind die sozialistischen „Republikaner“ da!

Am Sonnabend hielten sie ihren Aufmarsch in Wien anlässlich der 18. Militärvereins-Bundversammlung ab. Eingeleitet wurde der Kummel durch ein Klangkonzert einer wirtlichen Militärmusik (Reichswehr!), die aber in grauer Windjacke und blauer Mütze aufmarschierte, was die Wiener Spitzer sehr bedauerten. Es waren auch richtige Soldaten da. Einige Schwierigkeiten hatte es den Veranstalter ja bereitet, die Paradegegarne zusammenzuschultern. In Friedensuniformen marschierten sie auf. Alle möglichen Waffengattungen. Sicherlich hat man die ganzen Garderobehäuler der Umgebung ausgepumpt, um diese drei Duzend alte Militärs auszuräumen. Auch hoch zu Ross sah man die alte Armee. Pferde hatte man sich ebenfalls verschafft. Von dieser alten Garde sollen verschiedene abgelagert haben, so daß man immer wieder welche „zum Mitmachen“ suchte. Dann folgten die Militärs- und Schützenvereine. Der Höhepunkt war am Adler. Ein wirklicher General nahm die Parade ab! „Hei!“ — wie wird hierüber der Wiener Anzeiger jubeln. Der verantwortliche Redakteur hatte den Vorzug, dicht in der Nähe des Generals stehen zu dürfen. Er konnte dem Paradebummel mit allen Sinnen lauschen. Aber so begeistert, wie der Wiener Anzeiger schreiben wird, war die Geschichte nicht. Die Zusammenkunft des Juges zeigte jedem aufmerksamem Beobachter klar, daß nicht Begeisterung, sondern sehr viel Abhängigkeit und Unwissenheit den Zug füllte. Der größte Prozentatz Militärsvereine war von den umliegenden Dörfern. Man sah es ihnen an, daß es Proleten waren und in welchen Elend sie leben. Kernstück die Kleidung, Anzüge, ohne den beim Bürgertum nötigen Schmuck. Die Sonntagsanzüge der Landarbeiter. Ein Landarbeiter kann sich nicht jährlich einen Anzug kaufen, sondern selber muß fast ein Jahrzehnt der Beste sein. Und so verriet ihre Kleidung ihre Not, ihr Elend, das man ihnen auch noch vom Gesicht abjah. Diese Falten in der Stirne, ermüdete Augen, vergämrte Gesichter und dazu die von harter Arbeit schwieligen Hände. Diese von Armut, Not und Elend geplagten Landproleten füllten den größten Teil des Zuges. Sie kamen nach Wien, weil sie sonst vielleicht vom Gutsherren schlecht angesehen werden, sie kamen nach Wien, weil sie noch nicht erkannt haben, daß die Leute, vor denen sie paradierten, die diesen Kummel führen, die Schuldigen an ihrer Not, an ihrem Elend sind. Die Klassenbewußten Proleten der Stadt haben die Pflicht, die notwendige Aufklärung aufs Dorf zu tragen. Das Bündnis der Landarbeiter und Kleinbauern mit der Industriearbeiterschaft zu schaffen, das ist die wichtigste Lehre, die dieser Aufmarsch zeitigte, das ist der beste Weg, solche Aufmärsche in Zukunft unmöglich zu machen.

10 Jahre deutsche Republik mit sozialdemokratischen Ministern und dennoch sind solche Aufmärsche möglich?

Diese Frage wurde überall besprochen. Und die Arbeiter müssen erkennen, daß gerade es die sozialdemokratischen Minister sind, die solche Aufmärsche gestatten, haben sie doch dadurch Gelegenheit, der deutschen Bourgeoisie ihre nationale Treue, ihre Vaterlandsliebe zu bekunden. Die revolutionären Organisationen verbieten sie, mit den sozialistischen gehen sie durch die und dünne. Das zeigt am besten den Weg der Sozialdemokratischen Partei, deren verantwortliche Leute in Ministerstellen die „Arbeiterpolitik“ führen und statt für den Sozialismus zu kämpfen, durch den Sozialfaschismus den Weisgarditen das blutige Terrorregime organisieren. Die Arbeiter müssen trotz aller Unterdrückung der revolutionären Aufklärung die Tätigkeit dieser konterrevolutionären Organisationen erkennen und die Antwort geben durch Anschließung an die kommunistische Partei. (Arb.-Korr. 991.)

Auch eine christliche Erziehung

Somsohof. Wir haben hinter dem Dorf einige Schrebergärten. Auch die Schule ist im Besitz eines solchen. Wir heißen das für gut, aber daß in diesem Garten die Kinder — man kann fast sagen — misshandelt werden, hat man fast für unmöglich gehalten. Ein Fall, welcher am Sonnabend, dem 22. 6., vorgekommen ist, belehrt uns eines anderen. Mit dem Lehrer (noch dazu ein drüßlicher) mit seiner Klasse in dem Garten zum Jäten der Beete. Ein Junge, welcher sich auf eine Harke mit gebrochenem Stiel aufgesetzt, wird vom Lehrer im Gesicht gepackt und mit dem Kopf so auf den Boden geschleudert, daß das Augentümel zertrümmert wurde. Die Eltern haben sich gezwungen, am Sonntag, dem 23. 6., den Arzt aufzusuchen. Vor kurzem ging schon einmal ein Geisrat unter den Kindern herum, daß ein Junge von demselben Lehrer geschlagen worden sei. Wir möchten den Lehrer, der es fähig ablehnt, weltlichen Unterricht zu erteilen, darauf aufmerksam machen, daß er überhaupt kein Recht hat, die Kinder mit Schlägen zu strafen. Aber es ist in der „demokratischen Republik der Welt“ gibt es solche christliche Prügelpädagogen mehr als genug. So war es auch mit den Jenuken zu Otern. Die Kinder, welche in den weltlichen Unterricht gehen, hatten bedeutend schlechtere Jenuken als die Kinder, die in den Religionsunterricht gehen. Ja, es kamen sogar Eltern, die festhielten, daß bei ihren Kindern die Jenuken fortrigiert worden sind und aus der Ja eine Ja gemacht worden ist. Wenn diese Zeiten noch nicht geändert werden, so sind wir in der Lage, mit noch weiterem Material zu dienen. (Arb.-Korr. 993.)

Der Kleinnaundorfer Wohnungsreichtum

Kleinnaundorf. Daß in Kleinnaundorf Wohnungsreichtum herrscht, haben nämlich erst vor kurzer Zeit unsere bürgerlichen Gemeindevorsteher „nachgemessen“. Aber ihnen wird „ein kleiner Irrtum“ unterlaufen sein. Denn sie werden wahrscheinlich die Wunden der Schrebergärten mitgezählt haben. Und es ist tatsächlich so. Dort wohnt seit einiger Zeit in einer elenden Bretterbude eine Arbeiterfamilie: ein Mann, eine schwangere Frau und ein kleines Kind, auf 4 Quadratmeter Raum. Der Boden fließt auf das Dach, manchmal auch hindurch. Der Stuhl läßt durch die Risse, jedes Geräusch ist vernnehmbar. Unruhiger Schlaf, wenn's kalt ist, friert man, wenn's heiß ist, ist kaum zu atmen. Das sind die Folgen. Der Mann ist Maurer, erwerbs-



Genosse! Hilf den Pionieren das Budjonnylager durchzuführen / Kauf einen Baukeim für 10 Pf. bei jedem Pionier

Die Volksbühnenleitung jammert

„Die Mitglieder verlangen!“

Neben vielen Zeitschriften liegt auf meinem Tisch das Heft 7 des Jahrganges 1928/29 der Blätter der Dresdner Volksbühne, „Volk und Kunst“. Da in diesen wenig enthalten ist, was mit dem Thema zu tun hat und gleichzeitig den Arbeiter interessiert (Herr W. Schumann vom Wettinerplatz, unser alter Freund, ist natürlich noch immer Redakteur), lege ich sie meistens an einen stillen Ort zur zweckmäßigen Verwendung. Das tat ich auch mit genanntem Heft. Erst bei wichtiger Beschäftigung in Heller Klauie (Fuß! diese Kommunisten!) entdeckte ich beim Herumblicken plötzlich einen Artikel mit der Überschrift „Die Mitglieder verlangen!“ und denke, nanu! Dann nehme ich das Heft wieder zurück in mein Zimmer und lege es wieder auf meinen Tisch. Und jetzt habe ich es vor mir.

Man möge mir diese etwas ungewöhnliche Einleitung verzeihen, denn diese war wirklich nötig, schon um zu beweisen, wie fern die Fragen dieser Volksbühnenbewegung heute dem Arbeiter liegen. Nicht etwa, weil der Arbeiter sich nicht für das Theater und die Volksbühne interessiert würde. Keinesfalls. Aber der heutige Volksbühne steht er, muß er vollkommen interesselos gegenüberstehen; denn die ist so vollkommen kleindürgerlich verknüpft, daß sogar die Gewerkschaften sich ein Beispiel nehmen könnten. Und das will doch wirklich etwas heißen! Anstatt Mitglied der Volksbühne zu werden, geht der Arbeiter lieber zum Fußballspiel oder ins Kino (dort gibt es wenigstens ab und an mit dem Leben des Arbeiters verbundene Filme, besonders dann, wenn sie aus Russland kommen), oder er besucht die Vorstellungen der Roten Raketen oder Blauen Blusen. Denn hier spürt er gleich von seinem Fleische, Geist von seinem Geiste!

Worum handelt es sich in jenem Volksbühnenartikel? Man schreibt dort u. a.: „Vorstand und Verwaltung arbeiten; es werden Agitationsabende, Feiern, Konzerte, Vorträge, Tanzmatineen für unsere Mitglieder veranstaltet... in letzteren Fällen nur folgen die Mitglieder dem Ruf...“ Und im Hinblick auf einige pazifistische Sonderveranstaltungen in der Komödie heißt es: „Wir hatten einen Erfolg zu verzeichnen — unsere Mitglieder haben ihn in

einen Mißerfolg verwandelt!“ Dazu haben wir zu sagen, die Leitung der Volksbühne hat absolut keine Verantwortung, sich über das Verlangen der Mitgliedschaft zu beklagen; denn sie selber trifft ein gerüttelt Maß von Schuld an dem dauernden Rückgang der Bewegung. Die Volksbühne hat die Mitglieder, die sie verdient! Entgegen unseren Warnungen hat man (und tut es noch jetzt) eine vollkommen bürgerliche Bühnenpolitik betrieben unter dem Motto „Kunst um der Kunst willen“. Man hat mit Gewalt alle Arbeiter aus der Volksbühne herausgejagt und nun fast nur gesinnungslose Kleinbürger in der Organisation! Und nun steht man vor dem Ruin und hofft, mit der Aufführung einiger Scheinrevolutionärer Stücke die Arbeiter zu gewinnen. Es ist nun laßen! Mit solchen Methoden laßt man keinen Hund hinter dem Ofen hervor, noch viel weniger einen Klassenbewußten Arbeiter in die Volksbühnenbewegung. Dazu gehören Männer in der Volksbühnenleitung, die den Geist des Klassenkampfes in sich tragen, die bereit sind, eine gründliche Aufbauarbeit durchzuführen, auch auf die Gefahr hin, mit dem Klassenhaß in unangenehme Berührung zu kommen. Leute gehören in diese Arbeit, die nicht zuletzt auch über organische Fähigkeiten verfügen, die die Organisation in die Betriebe und Massenorganisationen des Proletariats verlegen und mit dieser Agitation zugleich eine Schulung der Mitglieder und der Arbeiter überhaupt verbinden, so wie es die Gründer, Mehring u. a., gewollt und durchgeführt haben. Haben die Leute ein Recht dazu, über das Schweigen der Mitglieder zu rechten, die in der letzten Generalversammlung ganz ohne Anseh dem durchwegs sozialistischen Redner der Opposition das Wort entzogen? Wir sind nicht der Meinung, und stellen fest, die Anpöbeln der Schriftleitung von „Volk und Kunst“ fallen auf die Artikel-Schreiber und deren Hintermänner zurück. Wenn eine Beschlüpfung der Volksbühne eingetreten ist, dann ist — das wiederholen wir noch einmal — die Schuld bei jenen zu suchen, die heute dreißig und gottesfürchtig andere anklagen und verantwortlich machen. Es haben die Volksbühnenbewegung ruinieren. Der geistige und organisatorische Aufbau kann nur erfolgen durch revolutionäre Arbeiter, die ihrer Klasse Zeittheater geben wollen und in der Sprechbühne eines der Mittel sehen, um den Befreiungskampf der Arbeiterschaft zu unterstützen und voranzutreiben. ERNST.

los. Hier offenbar sich so richtig die Berrücktheit des kapitalistischen Systems. Er ist gezwungen, sich einige Bretter zu bergen, um dem Kinde seiner schwangeren Frau ein halbwegs trockenes Plätzchen zu sichern. Trotzdem es in der Gemeinde ein leeres, heißbares Zimmer gibt, das er angefordert hat, hat sich bis heute nichts gerührt. Hier zeigt sich der groß ausgelegte Kapitalismus. Das ist der „Schuß“ gegenüber dem teimenden Leben. Eben haben die sozialdemokratischen Minister die soziale Demotransparenz bewilligt, Hunderte von Millionen dem Militarismus in den Rücken geworfen, und hier verflümmern Proleten in Bretterbuden. O dreimal heilige sozialdemokratische Regierungskunft! (Arb.-Korr. 992.)

Sportplatzweih in Großnaundorf

Fern von dem ruhigen Schloßnaundorf der Fabrikten, fern von dem wilden Verkehr der Großstadt, liegt einsam, in einem herrlichen Waldental, der vor wenigen Jahren noch fast vom Bürgertum besuchte und ungefähr 900 Einwohner zählende Naundorf Großnaundorf. Umher des Dorfes ragt der 418 Meter ü. d. N. liegende Keulen- oder Augustenberg empor und lockt alle Naturfreunde zu einem wunderbaren Spaziergang in des Berges Höhe. Von dem Gipfel des Berges späht unser Auge hinaus, um die weitere Umgebung der Oberlausitz kennenzulernen. Auf der entgegengesetzten Seite des Keulenberges fließt die kleine Röder in einem prächtigen Tal zwischen hohen Bergen hindurch, von Kleindörfmannsdorf nach Lommsitz und weiterhin bis zur Bahnstation Othenhof. Im Ort Großnaundorf war vor nur einem Jahrzehnt von der ganzen Arbeiterbewegung noch wenig zu sehen, endlich, im Jahre 1922, rief man die Klassenbewußten Arbeiterschaft zu einer wichtigen Versammlung zusammen, in welcher wiederum ein Glied an die große Kette des Arbeiter-Turn- und Sportbundes geschmiedet wurde. Durch die feste, innere Ueberzeugung der Mitglieder war es nur möglich, gegen die Schläuche, welche uns entgegenzogen, anzukämpfen, um das Gesichtsfeld zu erhalten. Sieben Jahre sind seit dieser Zeit ins Land gegangen und freudig überlassen wir den Fortschritt der gesamten Bewegung innerhalb unseres Ortes. Ein letzter Markttag wurde für die Freie Turnerschaft beim Kauf des eigenen, herrlich im Walde gelegenen Sportplatzes zu Anfang des Jahres 1928 gelegt. Die riesenartige große Arbeit, welche dadurch entstand, geht bald ihrer Vollendung entgegen. Am 17. und 18. August findet die feierliche Einweihung statt. Zu einer gewaltigen Rundgebung des gesamten Arbeiterportales sollen diese Tage in unserem Orte werden. Arbeiterportale, Arbeiterportalerinnen der engeren und weiteren Umgebung, zu euch erübt der Ruf: Erhebt euch in Waffen, um dem jetzt noch härteren Bürgertum zu zeigen, daß der Arbeiterport mit Klassenbewußten um sich greift. Die Parole soll in der gesamten Arbeiterbühnen der Umgebung heißen: Am 17. und 18. August alles auf nach Großnaundorf zur Sportplatzweih! Das Festprogramm, sowie die verschiedenen Wettkampfarten erscheinen in aller nächster Zeit in dieser Zeitung. Edwin Gärtner.

Sprechstunden der Redaktion!

Dem dringenden Bedürfnis unserer Leser entsprechend, über alle Fragen Auskunft zu erhalten, haben sich Redaktion und Verlag entschlossen, ab 1. Juli regelmäßig folgende Sprechstunden einzuführen:

- Jeden Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde.
- Jeden Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen.
- Jeden Freitag von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde.

Die Sprechstunden finden in den Räumen der Redaktion der Arbeiterstimme, Güterbahnstraße 2, statt. Jede Auskunft wird unentgeltlich erteilt.

Betriebsräte-Sprechstunde

Die Redaktion der Arbeiterstimme hat jetzt eine regelmäßige Sprechstunde für Betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen eingerichtet. Die Sprechstunde wird jeden Mittwoch von 5 bis 6 Uhr in den Räumen der Arbeiterstimme, Güterbahnstraße 2, abgehalten.

Für die Reise

Wanderungen und das Wochenende unerlässlich Chlorodont-Zahnpaste und die dazu gehörige Chlorodont-Zahnbürste mit gesondertem Bürstenschwamm zur Beseitigung festsitzender, abriebender Speisereste in den Zahnräumen und zum Weichhalten der Zähne. Die gelblich-weiße Chlorodont-Zahnbürste von bester Qualität, für Erwachsene 1.25 Mk., für Kinder 70 Pf., ist in blau-weiß-grüner Original-Chlorodontpackung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.

Die proletarische Lesehalle

Die in dieser Rubrik aufgeführten Bücher und Broschüren sind durch die Buchhandlung Literaturvertrieb in Dresden-K. 1, Viktoriaplatz 21, zu beziehen.

Die Genossenschaft der Habenichtse. J. Panjerow. Erschienen im Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin SW. 61. Zu beziehen durch die Arbeiterbuchhandlung Viktoriaplatz 21. „Da ist die kollektive Arbeit!“ ... Gegen Unverständnis und Unbilligkeit der Bauern gehen die Jatschikaleute, die Kommunisten, an und beliegen langsam, aber unüberwindlich, die träge Beherrschung, das Mischwesen des Wäldch. Wie ein Embryo türmt sich der von allen gebaute Damm, der den Fluß Kasi ableitet, die abgetrodneten Felber zu bewässern und die Gefahr der Hungersnot abzumwenden. Panjerow, selbst ein Bauer, hat in diesem Lebensbuch die Eroberung des Dorfes durch die Jatschikaleute geschildert mit einer deren jätigen Sprache, die nach Amos, Kahlhülle und Kürbis riecht. Kein geleiteter Kesthet, sondern ein erdoerbundener bäuerlicher Mensch beschreibt ohne Umschweife, List und Tücke, Sanftmut und Grausamkeit, Arbeitskraft und Wankeimut des russischen Dorfes und seiner Bemohner. Die in der Handlung hineingestellten Liebesgeschichten sind fern aller Weichlichkeit und Süße, aber ihre Schlichtheit hebt sie hoch über dieselbe in bürgerlichen Büchern. Der Damm aber ist ein Symbol für uns, die deutschen Jatschikaleute. Wir errichten diesen Damm gegen die anwachsende Verleumdungslust der Bourgeoisie gegen die Sowjetunion. Wir errichten den Damm gegen die imperialistische Kriegswelle mit unierem Herzen, und wenn es nicht anders sein kann, mit unferen Leibern. „Da ist die kollektive Arbeit!“ Septus.

Lenin: Staat und Revolution ist im Verlag für Literatur und Politik jetzt in der Marzischen Bibliothek herausgegeben. Viele Bücherfreunde werden es begrüßen, daß gerade dieses grundlegende Werk endlich auch in einem dauerhaften Einband vorliegt. Gleichzeitig mit dieser Neuherausgabe wurde die Uebersetzung nochmals einer gründlichen Durchsicht unterzogen, teilweise verbessert und ist jetzt vom Lenin-Institut, Moskau, autorisiert. Der Band ist durch einen Anhang und ausführliches Fremdwörterverzeichnis ergänzt, umfaßt 133 Seiten und ist zum Preise von 2.50 RM (Ganzleinen) durch jeden Buchhändler und Kolporteur, oder direkt durch die Arbeiterbuchhandlung, Viktoriaplatz 21, zu beziehen.

Arbeiter Sport

Fußballsport Bezirk Oberlausitz

In Offen trafen sich die Mannschaften der Fußballvereine im Bezirk Oberlausitz. Die Spiele wurden in der Regel in der ersten Hälfte des Nachmittags ausgetragen. Die Spiele wurden in der Regel in der ersten Hälfte des Nachmittags ausgetragen. Die Spiele wurden in der Regel in der ersten Hälfte des Nachmittags ausgetragen.

Die Spiele wurden in der Regel in der ersten Hälfte des Nachmittags ausgetragen. Die Spiele wurden in der Regel in der ersten Hälfte des Nachmittags ausgetragen. Die Spiele wurden in der Regel in der ersten Hälfte des Nachmittags ausgetragen.

Handballsport

Die Handballspiele wurden in der Regel in der ersten Hälfte des Nachmittags ausgetragen. Die Spiele wurden in der Regel in der ersten Hälfte des Nachmittags ausgetragen. Die Spiele wurden in der Regel in der ersten Hälfte des Nachmittags ausgetragen.

Die Handballspiele wurden in der Regel in der ersten Hälfte des Nachmittags ausgetragen. Die Spiele wurden in der Regel in der ersten Hälfte des Nachmittags ausgetragen. Die Spiele wurden in der Regel in der ersten Hälfte des Nachmittags ausgetragen.

Die Handballspiele wurden in der Regel in der ersten Hälfte des Nachmittags ausgetragen. Die Spiele wurden in der Regel in der ersten Hälfte des Nachmittags ausgetragen. Die Spiele wurden in der Regel in der ersten Hälfte des Nachmittags ausgetragen.

Schwerathletik

Die Athleten nahmen an verschiedenen Wettbewerben teil. Die Athleten nahmen an verschiedenen Wettbewerben teil. Die Athleten nahmen an verschiedenen Wettbewerben teil.

Die Athleten nahmen an verschiedenen Wettbewerben teil. Die Athleten nahmen an verschiedenen Wettbewerben teil. Die Athleten nahmen an verschiedenen Wettbewerben teil.

Aus Organisationen und Vereinen

Die Organisationen und Vereine nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Organisationen und Vereine nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Organisationen und Vereine nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil.

Die Organisationen und Vereine nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Organisationen und Vereine nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Organisationen und Vereine nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil.

Gemeinsame Front!



Die Naturfreunde, Ortsgruppe Heidenau-Jahre, 8. Juli Monatsversammlung 1929

Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil.

KPD Bezirk Ostachsen
 Adresse: Siegfried Rödel, M. d. R.,
 SEKRETARIAT Dresden-Alstadt, Columbusstraße 9
 Anruf 28031

Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil.

Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil.

Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil.

Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil.

Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil.

Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil.

Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Naturfreunde nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil.

STARKE'S KURBAD nur DRESDEN N. 6, Bautzner Straße 31. Rut Nr. 5102
 P. isonl. Leitung! Geprüft Personal! Anerk. eine führende Anstalt am Platze! Besucht die Privatkurbäder! An all. Krankenkass. zugelassen!

Feine Fleisch- u. Wurstwaren
 Richard Noack
 Fleischmeister
 Döberrschau 24

Wenn's niemand macht! Oswald Mächts!
 Hauptlager:
 Kaulbachstraße 31, I. Etg.
 Ecke Dillnitzer Straße
Möbel
 aller Art.
 Große Auswahl! Billige Preise!
 Günstige Zahlungsbedingungen!

Ämtliche Befanntmachungen
 Badegerichte.
 Um einem längst bestehenden Bedürfnisse abzuhelfen, hat sich die Stadtverwaltung entschlossen, an dem von ihr erworbenen Mühlenteich in Berthelsdorf für in der Nähe des Rathhäuser Teiches eine Badegerichte für dieses Jahr zu schaffen.
 Diese Einrichtung soll am 3. Juli eröffnet werden.
 Das Baden unterliegt der Aufsicht eines Bademeisters.
 Den Anordnungen des Bademeisters ist streng Folge zu leisten.
 Die Eintrittspreise sind niedrig gehalten und können aus einem Ansehen an der Badestelle erlassen werden.
 Die Badeordnung, deren Befolgung allen die Badestelle benutzenden Personen zur Pflicht gemacht wird, hängt dort ebenfalls aus.
 Stand-Orbisdorf, am 29. Juni 1929.
 Der Stadtrat.

Bei Einkäufen
 auch die Haushau in dem 1-er Anteil der Arbeiterstimme
bevorzugt
 die preiswerten Angebote in derselben und kauft grundsätzlich nur bei
den Insekten
 Gerren-
 Dinnen-
 queren
 25, 30, 35, 40, 45, 50
 100 Stück
ff. Fiersch- u. Wurstwaren
 Fleischmeister
 Richard Noack
 Döberrschau, Döberrschau Str. 24

Nadrull!
 Am Dienstag, dem 25. Juni wurde in der Genosse
Carl Cop
 im hiesigen Krematorium verabschiedet.
 Wir werden ihm stets ein trauerndes Andenken bewahren.
Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung (F. V.) Berlin, Ortsgruppe Zittau I. S.

Eigene Fabrik Kein Zwischenhandel!
 Spangenschuhe, schwz., br. u. farb., 86/41 v. M. 6.50, 7.50 an
 Leinwandspangenschuhe 86/41, Paar M. 4.50, Sandaletten,
 Sandalen, Turnschuhe konkurrenzlos billig. Sehr haltbare
 Reise- und Hauschuhe mit Bonus, 86/41, Paar M. 1.40
Schuhzentrale E. Sander
 Dresden-N., Ammonstraße 66, Fern-
 nummer 27-1, Dresden-N., Bautzner-
 Straße 27-1, Z. 1000, 10000

Hausmeister
 verheiratet, wird für das neue Kreisheim der Arbeitersportler, Dresden, Parkstraße
gesucht
 Angebote an Kurt Peschke, Dresden-N., Konkordienstraße 69 / Bewerber müssen
 Ausweise über Organisationszugehörigkeit vorlegen und eine Tauschwohnung zur Verfügung stellen können

Maß Anzüge
 Wert unter Garantie vorerst Sitzen und Schneiden
 Johannes Schwarz, Pflanzl. Markt 16, I.
 oder Großes Tuchlager!
Brikette
 Max Leibner
 Damm-Thumitz

Abenteuer im Florenz

Ein Roman aus dem faschistischen Italien, von Lawrence H. Desberry

(4. Fortsetzung.)

Herr Harry Brand wird durch das Benehmen seines Gastgebers in Erlaunen gesetzt

Herr Harry Brand aus St. Louis, USA, war von den führenden Florentiner Faschisten äußerst herzlich aufgenommen worden. In ihre Gastfreundschaft ging sogar so weit, daß sie ihm nicht gestattet, im Hotel zu wohnen, sondern ihn bei Roberto Dia unterbrachten, der auf der Viale dei Colli, einer der schönsten Straßen von Florenz, eine kleine Villa bewohnte. Das aber bewies deutlich, wie sehr man den Gefinnungsgenossen aus der Neuen Welt schätzte, denn der italienische Bürger ist der unparteilichste Mensch der ganzen Welt.

Die ersten Tage verbrachte Herr Harry Brand wie ein ganz gewöhnlicher Tourist, indem er die Sehenswürdigkeiten der Stadt genoss. Er machte auch die persönliche Bekanntschaft der Herren Cagli, Alfredo Veresi und Giovanni Luporini, des faschistischen Triumpvirats, das gemeinschaftlich mit Dia den Kampf gegen alle freigeistlich gesinnten Elemente führte.

Eines Abends hatte Cagli den Gast heimbegleitet; sie saßen in Dias Arbeitszimmer und tranken einen Wermut mit Bittern. Plötzlich klingelte das Telefon; Dia trat an den Schreibtisch und nahm den Hörer.

„Hallo, wer spricht?“
Die Antwort schien ihm sichtlich zu erschrecken; er erblagte, fragte sich mit der einen Hand gegen die Wand, rief: „Wer? Wer? Ich verstehe nicht!“

Cagli wurde unruhig. „Was ist denn das?“
„Herr Brand“, hat Dia, „kommen Sie ans Telefon. Cagli darf nicht sprechen, und ich ... ich kann nicht. Fragen Sie, wer dort ist.“

Etwas erstaunt erfüllte der Amerikaner die Bitte und nahm aus Dias zitternder Hand den Hörer: „Hallo, wer spricht?“

Er lautete, wandte sich dann den beiden Männern zu: „Ein Mann namens Antonio Termetta will mit Ihnen reden, Herr Dia!“

„Antonio Termetta“, schrie Cagli auf, „unmöglich! Fragen Sie noch einmal; fragen Sie, woher er spricht!“

Brand gehorchte und meldete dann: „Es stimmt: Antonio Termetta; er spricht aus San Domenico.“

Dia rief ihm den Hörer aus der Hand und klingelte ab. Dann sank er in einen Lehnsessel. Sein Gesicht war leuchtend, und er vermochte kein Wort hervorzubringen.

Cagli hatte sich gerade aufgesetzt und betrachtete Dia mit brennendem Blick.

„Sie haben uns angelogen“, sagte er hart.
„Nein, bei Gott und allen Heiligen, ich sprach die Wahrheit!“

„Sie haben sich nicht davon überzeugt, ob ...?“
„Ich werde doch noch einen Toten von einem Lebendigen unterscheiden können!“ rief Dia wild.

„Selt wann“, fragte Cagli höhnisch, „können Tote telefonieren?“

„Lautete der Name tatsächlich Antonio Termetta?“ wandte sich Dia, fast um ein Nein stehend, an Brand.

„Ja; der Mann sprach außergewöhnlich deutlich; ich konnte ihn nicht mißverstehen“, entgegnete der Amerikaner. Seine schwarzen, grauen Augen betrachteten forschend die beiden Männer, es war ihnen anzusehen, daß sich etwas Außergewöhnliches ereignet hatte.

„Die schaltete auf und rannte wie ein eingeläufigtes wildes Tier im Zimmer umher.“

„Es ist ganz unmöglich“, stöhnte er, „Unmöglich! Jaja besteht sich doch darauf ... Es war nicht das erstemal ... und ich weiß ... ich rührte ihn an ... Nein, es kann nicht sein.“

„Tote“, wiederholte Cagli mit einem widerlichen Grinsen, „sprechen nicht zu telefonieren. Erkennen Sie die Stimme?“

„Ja“, mußte Dia zugeben, „es war seine Stimme.“
Er wollte sein Glas füllen, aber Cagli rief ihm die Flasche aus der Hand.

„Jetzt gilt es, nüchtern zu bleiben“, sprach er hart, „zu überlegen. Es fiel mir ja ohnehin auf, daß die Sozialisten in ihren Sitzungen kein Geschrei erhoben haben. Wann war es eigentlich?“

„Vor einer Woche“, entgegnete Dia ängstlich, wie ein verprügelter Hund.

Cagli überlegte eine Weile, dann meinte er: „Ganz ausgeschlossen ist es nicht, daß er noch nicht gefunden wurde. Jetzt ist keine Fremdensaison; wer sollte das antike Theater besuchen? Die Geheimnisse interessieren es nicht.“

Einer plötzlichen Eingebung folgend, wandte er sich an den Amerikaner:

„Herr Brand, Sie interessieren sich doch für Altertümer? Sie müssen unbedingt das antike Theater und die Ruinen des römischen Tempels bei Fiesole besichtigen. Ich würde Ihnen raten, es bereits morgen zu tun.“

Brand sah, wie die beiden Männer miteinander einen Blick wechselten. Inzwischen war er schon bei der ersten Erwähnung des antiken Theaters zu dem Entschluß gelangt, am folgenden Tage hinzugehen, dort nach der Ursache der ganzen Szene zu forschen, demnach meinte er nun gedehnt:

„Wozu? Ich habe in den letzten Tagen so viel gesehen, daß mir der Kopf brummt. Warte morgen rufen.“

„Es lohnt sich wirklich“, warf Dia höflich ein. „Die Ruinen sind wundervoll erhalten.“

„Dann werden sie wohl auch noch ein paar Tage länger gut erhalten bleiben“, entgegnete der Amerikaner gleichmütig; es machte ihm Spaß, die beiden Männer auf die Folter zu spannen.

„Die Juste zornig die Achseln. Cagli aber sprach: „Sie werden in der folgenden Woche durch andere wichtigere Dinge in Anspruch genommen werden, Herr Brand, sollten die freie Zeit ausnützen.“

Der Amerikaner ergab sich. „Reinetwegen. Wird einer von Ihnen mich begleiten?“

Wieder wechselten die beiden Männer einen Blick; dann erklärte Cagli, daß sie beide leider morgen nicht abkömmlich seien. Der Amerikaner bemerkte, daß Dia bei diesen Worten erleichtert aufatmete.

Das Gastzimmer in der kleinen Villa lag neben der Schlafkammer des Hausherrn; durch die dünnen Wände konnte der Amerikaner die ganze Nacht hindurch Roberto Dia ruhelos auf- und abschreiten und höchst mit sich selbst sprechen hören.

Herr Harry Brand sollte am folgenden Tag nach seiner Auf-
fahr aus Fiesole das Cobelfräulein bei Herrn Cagli einnehmen.

Als er gegen halb zwei an der Wohnungstür läutete, öffnete ihm der Hausherr selbst; im Vorraum stand ein Bild gespannter Erwartung, Roberto Dia.

Cagli betrachtete forschend das gleichgültige Gesicht des Amerikaners; er schien erwartet zu haben, etwas in dessen Zügen zu finden, was er nicht fand. Dia, kaum imstande, seine Erregung zu meistern, fragte, noch ehe sie das Wohnzimmer betraten:

„Nun, wie hat es Ihnen gefallen? Was haben Sie gesehen?“

„Sehr schön“, erwiderte Herr Brand, „nur etwas heiß.“
Er holte sein Taschentuch hervor und wuschte sich umständlich, langsam die Stirn. „Etwas sehr heiß“, wiederholte er.

Dia starrte ihn an; seine Lippen bewegten sich, doch brachte er kein Wort hervor.

„Sahen Sie sich alles genau an?“ erkundigte sich Cagli. „Das ganze antike Theater?“

Die neueste Schandtat der Müller-Regierung:

Die Krisenfürsorge abgebaut!

Der sozialdemokratische Arbeitsminister Wisjell hat durch Erlass vom 29. Juni neue Bestimmungen über die Krisenfürsorge erlassen. Entgegen den Versprechungen der sozialdemokratischen Presse, die noch in den letzten Tagen laut verkündete, daß man an diesen Dingen nicht rütteln lassen werde, ist Wisjell jetzt den Wünschen der Trübsbourgeoisie dann übergegangen, die Krisenfürsorgeempfänger noch mehr als bisher dem Hunger zu überantworten. In einem Artikel des Sonntag-Vormärts begründet Wisjell die „Notwendigkeit“ eines Hungerelasses. Er weist darauf hin, daß der Arbeitsmarkt durch die sinkende Erwerbslosenzahl eine Erleichterung erfahren habe, die es den Krisenfürsorgeempfänger möglich mache, leichter Arbeit zu erhalten (?); er singt ein Klageelied über die schwierige Finanzlage des Reichs und erklärt, „Einsparungen müßten wohl oder übel gemacht werden!“

Wir wollen hier nur kurz die wichtigsten Berichtigungen des neuen Wisjell-Erlasses hervorheben, die eingehende Behandlung bleibt einem morgen folgenden Artikel überlassen. Wisjell hat die Dauer der Unterstützung für Krisenfürsorgeempfänger herabgesetzt. Der Reuereich bestimmt, daß in Zukunft die Unterstützung grundsätzlich nur bis zur Dauer von 20 Wochen gewährt werden darf!

Der zweite Schlag ist die Einschränkung des Personenkreises, die zur Krisenfürsorge zugelassen werden. Alle Arbeitslosen

„Stellch; ich habe ja eine große Leidenschaft für alles Römische. Die Leute verstanden sich aufs Bauen, das muß man ihnen lassen.“

„Und looß?“ Das Junge wollte noch immer nicht recht gehorchen, die Worte kamen fluchend, gleichsam gequollen aus seinem Mund: „Sonst haben Sie nichts?“

Herr Harry Brand schaute ihn erstaunt an: „Gibt es außer dem Theater und der Ruine des römischen Tempels dort noch etwas zu sehen? Das hätten Sie mir früher sagen sollen; bei dieser Hitze unternehme ich in der nächsten Zeit keine Ausflüge mehr.“

„Nichts, gar nichts?“ wiederholte Dia, wie ein Mensch, der völlig den Kopf verloren hat.

„Nein.“ Der Amerikaner schüttelte den Kopf. „Wollen Sie mir nicht sagen, was ich noch hätte sehen können?“

Aber er erhielt keine Antwort auf seine Frage. Dia war auf das Sofa gesunken, hatte ein Kopf in die Hände vergraben und schloß vor sich hin: „Mein Gott, mein Gott!“

unter 21 Jahren sind von der Krisenunterstützung ausgeschlossen, da — die noch jüngeren meist ledigen Arbeitslosen insbesondere in den Sommermonaten leicht eine Beschäftigung finden können!“

Auch bezüglich der Berufe die zur Krisenunterstützung zugelassen sind, wurden größere Einschränkungen als bisher festgelegt: Jeder der die Dinge einigermaßen kennt, weiß außerdem, was es bedeutet, wenn Wisjell die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter bevollmächtigt.

„Für ihren Beizel zur Vermeidung von Ungleichheiten, die sich aus arbeitsmarktstatistischen Gründen ergeben können, Abrundungen des Personenkreises der zu Unterstützten vorzunehmen (!), auch sind die Landesarbeitsämter in Zukunft gehalten, darüber zu wachen, ob und in welchem Umfange die Krisenunterstützung innerhalb der zugelassenen Berufsgruppen nach Lage des örtlichen Arbeitsmarktes entbehrt werden kann!“ — Sie sind ermächtigt, die Unterstützung einzuschränken oder auszuschließen, so weit die Voraussetzungen für eine Zulassung nicht mehr gegeben sind.“

Das sind so einige Kostproben. Wir werden uns, wie gesagt, noch eingehender mit dem Wisjell'schen Schandereißer befassen. Es gilt bei den Erwerbslosen höchsten Alarm zu schlagen, die ihre teilweise Passivität aufgeben und ihren Kampfwillen gegen den neuen Hungereißer Wisjells kraftvoll zum Ausdruck bringen müssen.

Schiedspruch noch zu gut!

Wisjell als Steigbügelhalter der schlesischen Textilbarone

Das Reichsarbeitsministerium hat die Verbindlichkeit des Schiedspruchs, den der Schlichter Philipp in Schlesien den Textilarbeitern diktierte, abgelehnt. Trotzdem ein typisches Beispiel für die unternehmerfreundliche Praxis Wisjells. Die Gewerkschaftsführer, mit deren Stimmen der Schiedspruch zustande gekommen war, beantragten die Verbindlichkeitsklärung. Acht Tage dauerten die Verhandlungen hinter den Kulissen. Acht Tage die offiziellen Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium, 36,3 Pfennig beträgt der Stundenlohn in der Spitze für die schlesischen Weber. 2,8 Pfennig sollten die Arbeiter bis zum Jahre 1930 nach diesem Schiedspruch erhalten. Die Jugendlichen und Frauen noch viel weniger. Trotzdem erklärten die Gewerkschaftsführer, daß dieser Schiedspruch der „beste“ sei, der in den letzten Monaten in der Textilindustrie gefällig worden wäre. Die Unternehmer lehnten mit „Empörung“ den Schiedspruch ab. Sie hatten eigentlich gar keine Ursache. Aber auf Befehl der Schwarzmagierzentrale der deutschen Textilbarone veranstalteten sie eine neue Nachprobe. Und Wisjell half ihnen. Er wagte gegen den Willen der Textilbarone keine Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs, die selbst seine eigenen Genossen verlangt hatten. Nicht weil er zu schlecht, sondern weil er zu gut (!) ist, lehnte ihn Wisjell ab!

Was in Verlegenheit sind die sozialdemokratischen Zeitungen. Wie sollen sie nun ihren Lesern die Ablehnung selbst dieses miserablen Schiedspruchs durch Wisjell erklären? Die armen Schächer in den sozialdemokratischen Redaktionen drehen und wenden sich wie Regenwürmer, um die neue Liebesleiter ihres Genossen für die Textilbarone, den sozialdemokratischen Profiteuren zu massieren.

Der Vormärts schreibt, daß infolge der wichtigen Meinungsverschiedenheiten über die rechtliche Bedeutung der im Schiedspruch vorgeschlagenen Bestimmungen über die Affordfrage eine Verbindlichkeitsklärung nicht ausgesprochen werden könne.“

Wie man aus der Formulierung des Reichsarbeitsmini-

steriums erkennen kann, weigern sich die Unternehmer, den Arbeiterarbeitern eine Lohnzulage zu geben. Nur die Zeitungsredaktionen sollen auf ihre erbärmlichen Hungerpfennige 2,8 Pfennig erhalten.

Wie man sieht, ein Sieg der schwarzmagierischen Textilbarone auf der ganzen Linie. Ihren Stempel haben sie auch diesmal durchgedrückt. Wisjell ließ sich von den Textilbaronen diktieren!

Warum erklärte der „Arbeiterführer“ Wisjell den nach der Meinung der Gewerkschaftsführer besten Schiedspruch nicht gegen den Willen der Unternehmer für verbindlich? Nun, weil die Unternehmer ganz offen drohten, Herrn Wisjell, wie im Ruhrkampf zu zeigen, daß sie sich stark genug fühlen, auch einen verbindlich erklärten Schiedspruch als einen leeren Papier zu betrachten. Und bei einer Verbindlichkeitsklärung gegen den Willen der Textilbarone wäre jedem sozialdemokratischen Arbeiter die ganze Dynamik der sozialdemokratischen Koalitionspolitik eindeutig in Erscheinung getreten. Deswegen wollte Wisjell dieser Machprobe mit den Unternehmern unter allen Umständen aus dem Wege gehen.

Die schlesischen Textilarbeiter müssen sich nur klar sein, daß das neue Schlichtungsdiplom noch schlechter sein wird als das alte. Es kommt den Unternehmern vor allem darauf an, die Affordarbeiter, die jetzt 70–80 Prozent ausmachen, von jeder Lohn-erhöhung auszuschließen. Auch die Verbindlichkeitsklärung, die beim alten Schiedspruch „nur“ bis zum Oktober 1930 läuft, soll unter allen Umständen bis zum Jahre 1931 ausgesprochen werden.

Auch für die schlesischen Textilarbeiter ist der Kampf gegen die Schlichtungsbedingungen und gegen ein neues Schlichtungsdiplom eine dringende Notwendigkeit. Sie müssen jetzt erkennen, daß nur im härtesten Kampf gegen die Unternehmer, die Schlichtungsbeamten und die Gewerkschaftsführer unter Führung selbstgewählter Streikleitungen einige Pfennige mehr Lohn durchzusetzen sind.

Leipziger Bau-Delegierte für zwischentarifliche Lohnforderungen

Am 28. Juni hat die Kommunistische Partei die Bau-Delegierten Leipzigs zu einer Versammlung eingeladen, um zur gegenwärtigen Lage und den Aufgaben der Bauarbeiterschaft Stellung zu nehmen. Zahlreich waren die Bau-Delegierten dem Ruf der KPD gefolgt. Es waren kommunistische, sozialdemokratische, parteilose und auch syndikalistische Funktionäre vom Bau erschienen, ebenso der Konzeptionsrat der Leipziger Bau-Delegierten unter Führung des Bevollmächtigten Gutsch. In der Diskussion wagten diese Herren kein Wort zu sagen und tanzten vor der Abstimmung vor sich die drei Verbandsangestellten das Lafal, um sich aus einer unangenehmen Situation zu retten. Die Delegierten nahmen einstimmig eine Entschließung an, in der sie als Protest gegen die Zoll- und Steuererhöhung der Koalitionsregierung die gesamte Bauarbeiterschaft aufriefen, den Kampf für eine zwischentarifliche Lohnforderung aufzunehmen. Für den Antikriegsfond der KPD wurden 18 Mark gesammelt, was von dem guten Kampfgeist der Leipziger Bauarbeiter zeugt.

Tausende von Bauarbeitern liegen noch auf der Straße, nachdem sie sich mit der von den sozialdemokratischen „Führern“ geschlossenen „Sonderfürsorge“ den Winter hin durchgehungen haben. Durch die reformistische Lohnpolitik sollen die Arbeiter gezwungen werden, 2 Jahre lang den „Wirtschaftsrieden“ nicht zu hören, um die Unternehmerprofite nicht zu schmälern. Das kann nur verhindert werden, wenn die Bauarbeiter überall die Initiative zum Kampf ergreifen. Durch die Wahl von Kampfleitungen auf allen Baustellen muß die revolutionäre Führung des Kampfes sichergestellt werden. Nur im Kampfe gegen das

Schlichtungswesen und die reformistische Niederlagenpolitik können die Bauarbeiter sich ausreichende Löhne und kürzere Arbeitszeit erringen.

Oppositionelle Kandidaten werden brotlos gemacht!

Anläßlich der Wahlen zur Pensionkasse der Eisenbahner erhielt die Opposition in Dels, Schlesien, 32 Stimmen gegenüber 127 Stimmen, bei den Betriebsrätewahlen. Die sozialdemokratische Presse stimmte über diesen Rückgang ein Jubelgeschrei an. Warum dieser Rückgang? Den Kandidaten zur Pensionkasse auf der Liste der Opposition wurde im Beisein des sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden von dem be- amten Vorgesetzten erklärt, daß sie entlassen werden würden, wenn sie ihre Kandidatur aufrecht erhielten. Infolge dieses Terrors trat ein Arbeiter von der Liste zurück. Mag jetzt sich ein einzelner Arbeiter durch diese Drohungen haben einschüchtern lassen, aber die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit wird nicht zurückweichen, und die Opposition wird trotzdem wachsen.

Streik der Kristallglasbleiber in der Niederlausitz

In Döbern in der Niederlausitz haben die Unternehmer die Belegschaften ausgepersert, weil sie deren Forderungen nicht erfüllen wollten. Am Freitag verließ die Belegschaft der letzten Zweigverbandsfirma „Niederlausitzer Glaswaren G. m. b. H.“ geschlossen den Betrieb, nachdem die Firma die Auspersung hingehängt. Damit steht die Front der Kristallglasbleiber in Döbern einig und geschlossen gegen die Schwarzmagier in der Glasindustrie.



Dresden-Löbtau

Blumen, Kleider, ... BLOUSENECKE

Max Schmalz Feine Fleisch- und Wurstwaren

Zigaretten, P. M. Müller Tabak- und Süßwaren

Kümmelschänke Omsewitz

T. Bienert Mehl / Grieß Mühlen - Packung

Kaufhaus Steinhardt Löbtau

Konditorei und Café Paul Müller

Wild, Geflügel, Feinkost Oskar Grundmann

Victoria-Drogerie Kesselsdorfer Straße 30

Gerhard Römer Spezialgeschäft für sämtliche Photo-Arbeiten

Paul Etzner, Weißbrotbäckerei und Konditorei

Max Lohse, Kohlenhandlung

Reserviert 150

MAX HERZOG Verkaufsniederlage der Dresdner Preßhelen- und Kornspiritus-Fabrik

Reisewitzer Drogerie Reisewitzer Straße 26

Möbelhaus Richard Schmieder empfiehlt seine große Auswahl in Möbeln aller Art

Beerenweinschänke Schramm Familien-Ausflugsort

Restaurant "Zur guten Quelle"

Hermann Herberg Kesselsdorfer Straße

Feine Fleisch- und Wurstwaren Max Pahlitzsch

Feinbäckerei, Kaffeeschank Karl Mischke

Verstellbare Fußstutz-Einlagen "Nione"

Gasthof und Ballsaal Bürgergarten Löbtecker Straße 16

Fabrikation feiner Fleisch- u. Wurstwaren Martin Füllkrug

L. Rother & Söhne Dampfbäckerei und Konditorei

Steppdeckenfabrik Fiedler & Hanitzsch

Einkaufsläden "Alter Dessauer"

Paul Hausmann, Sattlermeister

Max Scheibe Lübecker Straße 2

Kartoffeln / Futtermittel

Drema A.G. Dresden Würzburger Straße 9

Dresden-Friedrichstadt

Joh. Görtzler Farbenspezialgeschäft

Br. Röbler Möbelhaus

Emil Stebitz, Schölerstraße 59

H. ARWEILER Inhaber: M. Ruffert

Josef Müller's Restaurant

Bäckerei Konditorei Franz Pabsch

Bellevue Freitag, Sonnabend und Sonntag

Schuhmacheri Hugo Günther

Kurt Peters Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Willy Lohse Feine Fleisch- und Wurstwaren

Dresden-Dölzchen

Dresden-Stetzsch

Ann verw. Getlach, Müllitzer Straße 2a

Bernhard Schiesinger

Dresden-Leubnitz

Max Braun, Fleischermeister

Landesprodukte, Wild und Geflügel

Max Brunner, Alt-Leubnitz 21

Alfred Richter, Fleischerstr. Friebeitz

Karl Vogt, Finkenlangstraße 38

Willy Hühnsch, Finkenlangstr. 36

Dresden-Cotta

Möbelhaus Hugo Hebig

LEBENSMITTEL Lydia Bergemann

Schokoladen-Spezialgeschäft Ida Zieg

Weinbauer Cottal Hebbelsstraße 24

Elisabeth Knüpfer

Gasthof „Leutewitz“

Uhrmacher Arthur Pieper

Max Uhlmann

Gasthof „Stadt Dresden“

Curt Gräbel, Fleischermeister

f. Fleisch- u. Wurstwaren

Max Uhlmann

Dresden

Trinkt die vorzüglichen Dresdner Genossenschafts-Biere

Trinkt die vorzüglichen Dresdner Genossenschafts-Biere

Trinkt die vorzüglichen Dresdner Genossenschafts-Biere

Trinkt die vorzüglichen Dresdner Genossenschafts-Biere

Trinkt die vorzüglichen Dresdner Genossenschafts-Biere

Trinkt die vorzüglichen Dresdner Genossenschafts-Biere

Trinkt die vorzüglichen Dresdner Genossenschafts-Biere

Trinkt die vorzüglichen Dresdner Genossenschafts-Biere

Dresden-Plauen

Germania-Drogerie 6%

Reserviert 6

Richard Augustin

Karl Rostig, Zwickauer Straße 193

Coschütz

Paul Spemann, Saatzstraße 32

Elisabeth-Drogerie

Geschäftshöhe, Blauschokolade

Dresden-Blasewitz

Dampf-Wasch-Anstalt Blasewitz

Zigarrenhaus Karl Hebig

Das gute Krause-Brot

Butter, Eier, Honig / A. Hofmann

Kolonial- und Tabakwaren

Dresden-Loschwitz

Gasthof zur Eule

Bergrestaurant zur Schweizeri

Demitz-Thumitz

Apothek Demitz-Thumitz

Apothek Demitz-Thumitz

Apothek Demitz-Thumitz

Dresden-Johannisstadt

den eleganten Luxusschuh

Schuhhaus Schmidt

H. Hacke Elektrische Mangel

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Franz Röhl

Johannisstädter Obsthalde

Wilhelm Fahrradhaus

Tanzpalast Blumensäle

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

ELEKTRO-FEIST

Fahrräder / Nähmaschinen

Getränke-Industrie

Dampfwäscherei „Ideal“

Fisch- u. Delikatessenhandlung

Restaurant „Zum Landsknecht“

Schirme, Stöcke, Bezüge und Reparaturen

Fischwaren und Delikatessen

Lebensmittel und Hauswirtschaft

Lebensmittel und Hauswirtschaft

Lebensmittel und Hauswirtschaft

Lebensmittel und Hauswirtschaft

Dresden-Johannisstadt

Reserviert

Hauswirtschaftler Wilhelm

R. Wetzel Schirm-Fabrik

Richard Knüpfer Holz- und Kohlenhandlung

Albin Mädlar Kolonial-, Obst-, Grünwaren

Ernst Hentschel Kohlenhandlung

Admet beim Einkauf auf unsere Inserenten!

Dresden-Sriesen

Strompf, Wollwaren Koffmann

Damen- und Herren-Friseur

Arthur Ueschler Lebensmittel / Obst u. Grünwaren

Restaurant Erdkugel

Schuhreparaturen und preiswert

Brof-, Weiß- und Feinbäckerei

Lederhandlung W. Hoffmann

Wilhelm-Brot überall erhältlich

Wilhelm-Brot überall erhältlich

Restaurant zum Pflöbergarten

Restaurant zum Pflöbergarten

Restaurant zum Pflöbergarten

Restaurant zum Pflöbergarten